



Statistisches Landesamt  
Schleswig-Holstein  
- Bücherei -

V 6458 E

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

## SCHLESWIG-HOLSTEIN

29. Jahrgang

Heft 6

Juni 1977

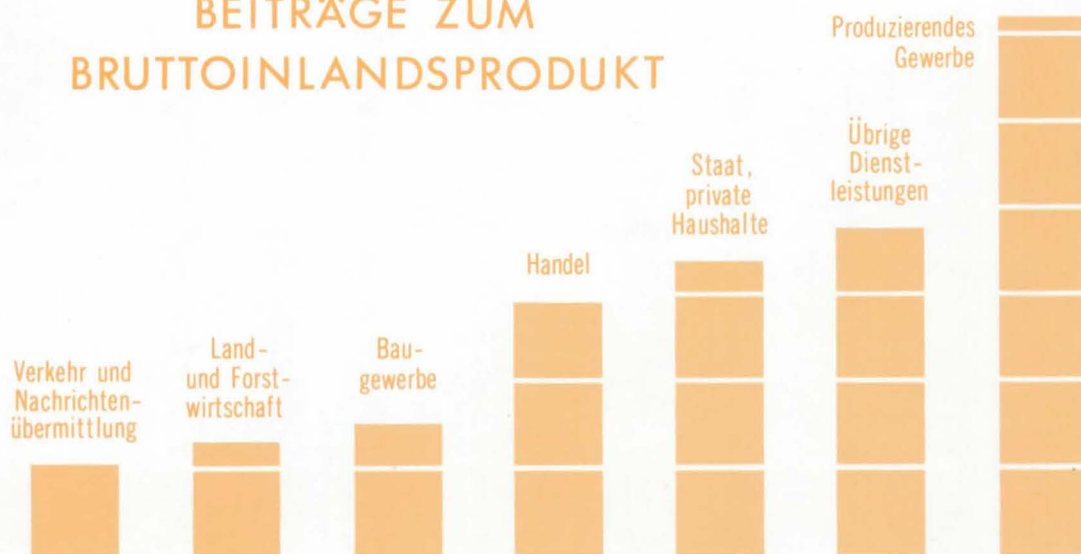
Grafik des Monats: Landeshaushalt 1977

Aufsätze: Sozialhilfekosten

„Lange Reihen“ (Vorabdruck)

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

### BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1975/76	1976/77	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt November bis März			
VERARBEITENDE INDUSTRIE <sup>1</sup>					
Produktionsindex	1970 = 100	.	.	.	.
Beschäftigte	1 000	.	.	.	.
Umsatz <sup>2</sup>	Mill. DM	.	.	.	.
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	.	.	.	.
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	5,2	5,6	+	8
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	1 479	1 144	-	23
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	424,1	526,6	+	24
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	352,6	389,2	+	10
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	8 585	9 356	+	9
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einfuhrpreise	1970 = 100	148,3	154,9	+	4
Grundstoffpreise <sup>3</sup>	1970 = 100	142,3	149,5	+	5
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte <sup>3</sup>	1970 = 100	137,4	143,1	+	4
landwirtschaftlicher Produkte <sup>3</sup>	1970 = 100	149,2	148,4	-	1
Lebenshaltung <sup>4</sup>					
insgesamt	1970 = 100	138,2	143,6	+	4
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	133,3	140,2	+	5
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite <sup>5</sup>	Mill. DM	5 224	5 630	+	8
mittel- und langfristige Kredite <sup>6</sup>	Mill. DM	23 108	26 680	+	15
Spareinlagen	Mill. DM	10 708	11 632	+	9
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer <sup>7</sup>	Mill. DM	124	128	+	3
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	111	125	+	13
Lohnsteuer	Mill. DM	219	249	+	14
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	281	326	+	16

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie      2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

4) alle privaten Haushalte

5) an die Nichtbankenkundschaft

6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite

7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

29. Jahrgang

Heft 6

Juni 1977

## Aktuelle Auslese



### Beherbergungskapazität nahezu unverändert

In den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren der 159 Berichtsgemeinden stehen in diesem Sommer 247 000 Betten für den Fremdenverkehr zur Verfügung. Das Bettenangebot ist damit gegenüber dem Vorjahr nur leicht angestiegen. In der Aufgliederung des Bettenbestandes nach der Art der Beherbergungsstätte ergibt sich beim Beherbergungsgewerbe (Hotels, Hotels garni, Gasthäuser, Pensionen und Ferienwohnungen) eine Zunahme um 300 Betten auf 110 200 Betten. Demgegenüber ist in den Erholungs- und Ferienheimen die Zahl der Betten um 500 auf 8 100, in den Heilstätten und Sanatorien um 400 auf 3 700 zurückgegangen. Von den Gemeindegruppen bieten in diesem Sommer nur die Ostseebäder weniger Betten als im Vorjahr an. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, daß einige Feriencentren damit begonnen haben, einen Teil ihrer Ferienwohnungen zu verkaufen.



### Im Sommersemester 1977 gut 19 000 Studenten

An den Hochschulen in Schleswig-Holstein sind im Sommersemester 1977 19 145 Studenten eingeschrieben. Die beurlaubten Studenten wurden dabei nicht mitgezählt. Die vergleichbare Zahl belief sich im Wintersemester 1976/77 auf 20 064 Studenten. Der Rückgang der Studentenzahl um 5 % erklärt sich vor allem dadurch, daß an beiden pädagogischen Hochschulen zum Sommersemester keine Studenten aufgenommen werden. Aber auch an den anderen Hochschulen beginnen die meisten Studenten wegen der Abiturtermine ihr Studium erst zum nächsten Wintersemester.

An der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel studieren zur Zeit 11 471 Studenten. Außerdem haben sich noch 199 Studenten vom Studium beurlauben lassen. Gegenüber dem Wintersemester 1976/77 sind das 4 % weniger Studenten, jedoch 4 % mehr

als im Sommersemester 1976. Für das Studium an der Pädagogischen Hochschule Kiel haben sich 2 377 Studenten eingeschrieben. Seit dem Wintersemester 1975/76 (3 163 Studenten) ging die Zahl der Studenten an dieser Hochschule ständig zurück, zuletzt gegenüber dem Wintersemester 1976/77 um 10 %. An der Flensburger pädagogischen Hochschule sind 850 Studenten immatrikuliert. Im Vorsemester studierten hier 1 028 Studenten. Im Fachhochschulbereich hat sich die Zahl der Studenten offensichtlich stabilisiert: im noch laufenden Semester haben sich an den Fachhochschulen 3 850 Studenten eingeschrieben. Das sind etwa soviel wie im Wintersemester 1976/77 (3 835 Studenten) und sogar rd. 200 Studenten mehr als im Sommersemester 1976. Unwesentliche Änderungen verzeichnen die beiden kleinen Hochschulen; an der Medizinischen Hochschule Lübeck studieren 349 Studenten, an der Musikhochschule Lübeck 248 Studenten.



### Keine Konkurszunahme mehr

Die Zahl der Konkurse, die von Januar bis Mai 1977 angemeldet wurden, ist mit 133 um gut ein Viertel geringer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (179). 1976 ist die bisher höchste Zahl an Konkursen zu verzeichnen gewesen. Trotz Verringerung im laufenden Jahr liegt die Anzahl der Konkursverfahren aber noch beachtlich höher als im vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1975 mit nur 87 Verfahren.

Betrachtet man die Entwicklung in den Wirtschaftsbereichen, so ergibt sich folgendes Bild: Gegenüber 1976 ist die Zahl der Konkurse im verarbeitenden Gewerbe überdurchschnittlich, nämlich von 32 auf 14, zurückgegangen, im Handel (von 25 auf 21) und im Dienstleistungsbereich (von 37 auf 32) unterdurchschnittlich und im Baugewerbe gar nicht (unverändert 31), worin sich die besondere Situation dieser Branche spiegelt. Unter den restlichen Konkursen dominieren die nichtgewerblichen mit 24.

# Entwicklung der Sozialhilfekosten

## Einleitung

Mit dem Bundessozialhilfegesetz vom 30. Juni 1961 hat der Bund von seiner Befugnis zur konkurrierenden Gesetzgebung auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge Gebrauch gemacht und das gesamte materielle Fürsorgerecht von Grund auf und erschöpfend geregelt. Die Länder haben dazu in ihren Ausführungsgesetzen die notwendigen organisatorischen und verfahrensrechtlichen Regelungen getroffen.

In unserem vielgliedrigen System gesetzlicher Vorschriften, die jedem Bürger Sicherheit in allen denkbaren Notsituationen gewährleisten sollen, nimmt die Sozialhilfe neben der Sozialversicherung und der sozialen Entschädigung einen nicht unbedeutenden Platz ein. Die Träger der Sozialhilfe im Bundesgebiet haben im Jahre 1975 für mehr als 2 Millionen sozialhilfeberechtigte Personen insgesamt 8,4 Milliarden DM ausgegeben. Davon entfielen auf Schleswig-Holstein für mehr als 100 000 Sozialhilfeempfänger über 420 Millionen DM, knapp ein Viertel mehr als im Jahre 1974. In diesen Ausgaben sind persönliche und sächliche Verwaltungskosten nicht enthalten und auch nicht die Finanzierungskosten und Zuschüsse für Einrichtungen, die zur Gewährung von Sozialhilfe notwendig sind. Seit 1965 haben sich die Individualkosten der Sozialhilfe im Bundesgebiet vervierfacht; in Schleswig-Holstein belaufen sich die Kosten für 1975 sogar auf das Viereinhalbfache der Kosten für 1965.

Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Hilfe soll den Empfänger soweit wie möglich befähigen, unabhängig von ihr zu leben; hierbei muß der Hilfeempfänger nach seinen Kräften mitwirken.

Die Sozialhilfe umfaßt

- Hilfe zum Lebensunterhalt und
- Hilfe in besonderen Lebenslagen.

Hilfe zum Lebensunterhalt wird in Form laufender und einmaliger Leistungen gewährt.

Sozialhilfe erhält nicht, wer sich selbst helfen kann oder wer die erforderliche Hilfe von anderen, besonders von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen erhält. Verpflichtungen anderer, besonders Unterhaltspflichtiger oder der Träger anderer Sozialleistungen, werden durch den Anspruch auf Sozialhilfe nicht berührt. Sozialhilfe wird also nachrangig (subsidiär) gewährt.

Der Hilfesuchende ist verpflichtet, alle Möglichkeiten der Selbsthilfe auszuschöpfen, bevor ihm Sozialhilfe gewährt werden kann. Neben der vorrangigen Verwendung eigenen Einkommens und der Verwertung seines Vermögens, soweit bestimmte Einkommens- und Vermögensteile nicht ausdrücklich geschützt sind, wird von dem Hilfesuchenden, soweit zumutbar, auch der Einsatz seiner Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhalts für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen verlangt.

Die Sozialhilfe wird von örtlichen und überörtlichen Trägern gewährt. Die Zuständigkeitsabgrenzung ist bundesrechtlich geregelt und landesrechtlich ergänzt. Durch Landesrecht dürfen den örtlichen Trägern über die bundesrechtliche Regelung hinaus weitere Aufgaben der Sozialhilfe nicht zugeordnet werden; danach sind die Verlagerung von Aufgaben des überörtlichen Trägers auf die örtlichen Träger und die damit verbundene Verlagerung der Kostenträgerschaft nicht zulässig.

Örtliche Träger der Sozialhilfe sind die Kreise und kreisfreien Städte; sie führen die Sozialhilfe als Selbstverwaltungsangelegenheit durch. Überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist das Land Schleswig-Holstein. Behörde des überörtlichen Trägers ist das Amt für Wohlfahrt und Sozialhilfe. Die Träger der Sozialhilfe tragen die Kosten für die ihnen obliegenden Aufgaben. Die kreisangehörigen Gemeinden erstatten den Kreisen als örtlichen Sozialhilfeträgern die Hälfte der diesen zur Last fallenden Aufwendungen.

Kostenfaktoren bei der Ermittlung des sozialhilferechtlichen Bedarfs

Sozialhilfe ist Einzelfallhilfe. Die den Sozialhilfeträgern erwachsenden Gesamtausgaben werden im wesentlichen durch zwei Faktoren bestimmt:

1. durch die Zahl der Hilfeempfänger, die sich statistisch auch als "Sozialhilfedichte" oder "Sozialhilfeshäufigkeit" (Anteil der Hilfeempfänger an der Gesamtbevölkerung) ausdrücken läßt,
2. durch die Kosten der im Einzelfall gewährten Hilfe.

Beide Faktoren werden ihrerseits von dem das Sozialhilferecht beherrschenden Prinzip der individuellen Bedarfsdeckung beeinflusst. In bestimmten Leistungsbereichen der Sozialhilfe ist der Mindestbedarf durch Regel-

sätze oder durch Pauschalleistungen normiert, um bei vergleichbaren Bedarfstatbeständen einen einheitlichen Standard zu sichern.

Die Regelsätze der Sozialhilfe sind der Maßstab für die Bemessung laufender Leistungen zum Lebensunterhalt; sie bestimmen gleichzeitig die Hilfebedürftigkeitsgrenze für laufende und einmalige Leistungen. Die Regelsätze werden nach einem bundeseinheitlichen Bedarfsmengenschema von der obersten Sozialbehörde des Landes festgesetzt und jährlich dem veränderten Preisniveau angepaßt, sofern nicht die Entwicklung der Lebenshaltungskosten eine Korrektur in kürzerem zeitlichen Abstand notwendig macht.

Bei der meistens kostenaufwendigen Hilfe in besonderen Lebenslagen gilt der vorrangige Einsatz eigenen Einkommens der Haushaltsgemeinschaft des Hilfesuchenden als unzumutbar, soweit dieses bestimmte gesetzliche Freigrenzen nicht übersteigt. Diese Einkommensgrenzen sind ebenso wie Pauschalleistungen bei bestimmten Hilfen (z. B. Pflegegeld) dynamisiert. Maßstab der Dynamisierung ist entweder der kaufkraftbezogene Regelsatz der Sozialhilfe oder die lohnbezogene allgemeine Bemessungsgrundlage in der Rentenversicherung der Arbeiter.

Allgemeiner Kaufkraftverfall auf der einen und volkswirtschaftlich bedingte Einkommenseinbußen auf der anderen Seite schränken die Selbsthilfemöglichkeiten Hilfesuchender ein und wirken sich danach auf die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben bestimmenden Faktoren aus.

Diese Zusammenhänge sind für die Entwicklung der Sozialhilfekosten von zentraler Bedeutung. Kostensteigerungen gehen teils über das Mengenschema (Warenkorb) der Regelsätze (z. B. Ernährungsbedarf, Haushaltsenergie) und als Selbstkosten von Heimen und Anstalten über die Pflegesätze, teils durch unmittelbare Berücksichtigung (z. B. Mieten, Heizenergie) zwangsläufig in den sozialhilferechtlichen Bedarf ein. Demgegenüber wird das zur Bedarfsdeckung einzusetzende Einkommen von der Arbeitsmarktlage, der Lohn- und Gehaltsentwicklung, der Entwicklung der Lohnersatzleistungen und anderer Sozialleistungen (z. B. Renten, Kindergeld, Wohngeld) beeinflusst. Es liegt auf der Hand, daß steigende Preise und Kosten auf der einen und stagnierende oder sinkende Einkommen (z. B. Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit) auf der anderen Seite die Differenz zwischen sozialhilferechtlichem Bedarf und einzusetzendem Einkommen so vergrößern, daß die Zahl der Sozialhilfeempfänger zunimmt und der Sozialhilfeaufwand steigt. Auch die ausgesetzte An-

passung des Wohngeldes an das gestiegene Mietenniveau geht letztlich teilweise zu Lasten der Sozialhilfe, weil sich die durch Wohngeld nicht gedeckten Unterkunftskosten erhöhen und nach Maßgabe der Bedürftigkeit von der Sozialhilfe übernommen werden müssen. Das Wohngeld ist zuletzt ab 1. April 1974 festgesetzt worden.

#### Auf Gesetzesänderungen beruhende Kostenentwicklung

Auch das Sozialhilferecht muß - wie andere Sozialleistungsbereiche - jeweils der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung angepaßt werden. Dabei sind die Erfahrungen der Sozialhilfepraxis im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu berücksichtigen.

Das am 1. Juni 1962 in Kraft getretene Bundessozialhilfegesetz vom 30. Juni 1961 ist bisher dreimal geändert und ergänzt worden:

Erstes Änderungsgesetz vom 31. August 1965,  
in Kraft getreten am 1. Oktober 1965,  
Zweites Änderungsgesetz vom 14. August 1969,  
in Kraft getreten am 1. Oktober 1969,  
Drittes Änderungsgesetz vom 25. März 1974,  
in Kraft getreten am 1. April 1974.

Darüber hinaus sind zur Ausgestaltung der gesetzlichen Vorschriften bisher 27 Rechtsverordnungen erlassen worden; 9 Rechtsverordnungen sind - in teilweise geänderter Fassung - noch gültig.

Schon das Zweite Änderungsgesetz hatte durch - Verbesserung der Hilfe zum Lebensunterhalt,

- Ausweitung der Eingliederungshilfe für Behinderte und weitgehende Freistellung der Eltern behinderter Kinder von Kostenbeiträgen,

- Verbesserung der Blindenhilfe,

- Verbesserung der Hilfe zur häuslichen Pflege,

- Ausdehnung der erhöhten Einkommensgrenze auf weitere Hilfen in besonderen Lebenslagen

eine erhebliche Mehrbelastung der Sozialhilfeträger verursacht. Sie hat über die Erhöhung der Individualkosten hinaus auch einen stärkeren Anstoß zur Schaffung geeigneter Einrichtungen, insbesondere solcher, in denen behinderte Kinder teilstationär betreut werden können, gegeben. Die dafür aufgewandten und auch künftig weiter aufzuwendenden Investitionskosten, die vom Land als überörtlichem Träger aufgebracht oder finanziert werden müssen, gehen nicht unmittelbar als Sozialhilfekosten in die Statistik ein; sie schlagen sich lediglich mit dem notwendigen Kapitaldienst und in Form von Abschreibungen vom Vermögen über die

Pflege- und Betreuungssätze anteilig in den Individualkosten nieder.

Im einzelnen sind die finanziellen Auswirkungen dieses Änderungsgesetzes aus der Statistik nicht ablesbar. Es kann aus der nachgewiesenen Entwicklung der Gesamtkosten nur der Schluß gezogen werden, daß die Steigerungsraten zu einem erheblichen Teil auf gesetzliche Leistungsverbesserungen und die gesetzlich bedingte Ausweitung des Sozialhilfeempfängerkreises zurückzuführen sind.

Gleiches gilt auch für das Dritte Änderungsgesetz, dessen Leistungsverbesserungen weitere Mehraufwendungen der Sozialhilfeträger in beträchtlichem Ausmaß ausgelöst haben. Die Mehrbelastung trifft wieder mit größerem Gewicht das Land, zumal mit der Erweiterung des Behindertenbegriffs und der dadurch bedingten Zunahme der Zahl der Anspruchsberechtigten gleichzeitig eine Aufgabenverlagerung von den örtlichen Trägern auf den überörtlichen Träger einhergeht. Die Schwerpunkte dieses Änderungsgesetzes sind:

- Erhöhung des Taschengeldes für Hilfeempfänger in Heimen und Anstalten, die einen Teil der Kosten selbst aufbringen
- Ausweitung und Verbesserung der Eingliederungshilfe für Behinderte
- Verbesserung der Hilfe zur häuslichen Pflege durch Erhöhung des Pflegegeldes unter besonderer Berücksichtigung Schwerstbehinderter
- bessere Hilfen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten
- Dynamisierung bestimmter Leistungen und Einkommensgrenzen durch Anpassung an die Lebenshaltungskosten (Regelsatz) oder an die Entwicklung der Erwerbseinkommen (Rentenbemessungsgrundlage)
- Anhebung der für Hilfen in besonderen Lebenslagen geltenden Einkommensgrenzen und Erweiterung des Anwendungsbereiches der erhöhten Einkommensfreigrenze
- Einschränkung der Möglichkeit, unterhaltspflichtige Angehörige zu Kostenbeiträgen in der Sozialhilfe heranzuziehen.

#### Entwicklung der Sozialhilfekosten

Die Kostenentwicklung in der Sozialhilfe spiegelt sich in der amtlichen Statistik der Sozialhilfe, die auf gesetzlicher Grundlage (Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferversorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963) als Jahresstatistik durchgeführt wird. Erfast werden, getrennt nach Hilfearten, die Bruttoausgaben und die Zahl der Leistungsempfänger sowie die mit

den Gesamtausgaben zusammenhängenden Rückeinnahmen.

Die nach Ländern gegliederten Ergebnisse der Bundesstatistik unterscheiden nicht nach örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträgern. Erkenntnisse darüber, ob z. B. die dem Land Schleswig-Holstein als überörtlichem Träger zur Last fallenden Kosten denen vergleichbarer überörtlicher Träger in anderen Ländern entsprechen, vermittelt die Bundesstatistik daher nicht.

Dagegen ist die Landesstatistik zwar nach Trägern gegliedert. Da aber die örtlichen Träger nicht nur ihre eigenen Leistungen erbringen, sondern zusätzlich zur Durchführung der meisten Aufgaben des überörtlichen Trägers herangezogen sind, erscheinen neben ihren eigenen Ausgaben auch die von ihnen für das Land verauslagten Kosten statistisch im wesentlichen als solche der Kreise und kreisfreien Städte. Erstmals für 1975 ist es durch zusätzliche Erhebungen gelungen, die auf das Land als überörtlichen Träger entfallenden Kosten auch in der Statistik sichtbar zu machen. Da aber entsprechende statistische Vergleichszahlen für die vorhergehenden Jahre nicht zur Verfügung stehen, können der Darstellung der Entwicklung der Sozialhilfekosten auch in Schleswig-Holstein nur die Gesamtausgaben aller Träger zugrunde gelegt werden.

#### Wegfall und Änderung von Hilfearten

Es muß vorausgeschickt werden, daß die Jahresergebnisse der Sozialhilfestatistik über einen Zeitraum von 10 Jahren nicht voll miteinander vergleichbar sind:

1. Unter den Hilfen in besonderen Lebenslagen ist die frühere Hilfe für Gefährdete seit dem 1. April 1974 zu einer umfassenden Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten ausgebaut worden. Weder nach dem Inhalt noch gemessen an den Aufwendungen sind die alte und die neue Hilfeart miteinander vergleichbar. Während in Schleswig-Holstein 1965 für Gefährdete nur 119 000 DM aufgewandt wurden, betrugen die Ausgaben für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (z. B. Nichtseßhafte, aus Freiheitsentziehung Entlassene) im Jahre 1974 fast 500 000 DM; sie sind nach Schaffung neuer Einrichtungen im Jahre 1975 auf reichlich 1,5 Mill. DM gestiegen.
2. Blindenhilfe als Hilfe in besonderen Lebenslagen nach dem BSHG, für die das Land im Jahre 1965 reichlich 5 Mill. DM aufgewandt hat, wird in Schleswig-Hol-

stein seit dem 1. April 1971 praktisch nicht mehr gewährt. An ihre Stelle ist das Landesblindengeld als Leistung mit Versorgungscharakter getreten. Die Aufwendungen für Landesblindengeld, die 1975 einen Betrag von 16,3 Mill. DM erreichten, sind keine Sozialhilfekosten; sie gehen daher nicht in die Sozialhilfestatistik ein, so daß deren Ergebnisse seit 1971 insoweit nicht mehr mit denen aus der Zeit vor 1971 vergleichbar sind.

Beide Tatbestände haben mit mehr oder weniger Gewicht auch in die Jahresstatistiken der anderen Länder - bezüglich der Ablösung der Blindenhilfe durch Landesblindengeld allerdings zu unterschiedlichen Zeitpunkten - und damit auch in die Bundesstatistik Eingang gefunden. Sie verfälschen zwar bis zu einem gewissen Grade das Bild über die Entwicklung der Sozialhilfekosten, sind aber nicht so gravierend, daß gegen ihre Vernachlässigung bei der folgenden Darstellung Bedenken bestünden.

#### Bruttoausgaben 1965 - 1975

Die Bruttoausgaben der Sozialhilfe sind seit dem Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes ständig gestiegen, - auch in den Jahren wirtschaftlicher Hochkonjunktur bei Vollbeschäftigung und kontinuierlicher Verbesserung der Einkommen aus Arbeit und vorrangigen Sozialleistungen. Abgesehen von der Blindenhilfe, die als Sozialhilfeart aus den bereits erwähnten Gründen ihre Bedeutung verloren hat, ist lediglich bei der Tuberkulosehilfe ein Rückgang der Aufwendungen zu verzeichnen.

Sieht man von den Auswirkungen der gestiegenen Lebenshaltungskosten ab, so findet diese Kostensteigerung ihre Erklärung in der dreimaligen gesetzlichen Anpassung des Sozialhilferechts an die wirtschaftliche Entwicklung und die sich wandelnden gesellschaftlichen Anschauungen, aber auch in der laufenden und verstärkten Aufklärung der Bürger über ihre Rechtsansprüche nach dem Bundessozialhilfegesetz. Diese Entwicklung ist zweifellos noch nicht abgeschlossen.

In dem folgenden Vergleich ist die Kostenentwicklung im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein in den letzten 10 Jahren dargestellt, und zwar in drei zeitlichen Abschnitten, in denen sich jeweils die Anpassungsgesetze zum BSHG auch finanziell ausgewirkt haben.

Die bisher höchste Steigerungsrate (Wachstumsspitze) ist im Jahre 1974 erreicht worden. Mit reichlich 7,1 Milliarden DM lagen die Bruttoausgaben im Bundesgebiet um

#### Bruttoausgaben der Sozialhilfe insgesamt

		Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
1965	Mill. DM	94,6	2 106
1969	"	124,8	2 859
Zunahme in Mill. DM		30,2	753
in %		31,9	35,8
im D je Jahr in %		7,2	8,0
1969	Mill. DM	124,8	2 859
1973	"	254,7	5 656
Zunahme in Mill. DM		129,9	2 797
in %		104,1	97,8
im D je Jahr in %		19,6	18,6
1973	Mill. DM	254,7	5 656
1975	"	421,3	8 410
Zunahme in Mill. DM		166,6	2 754
in %		65,4	48,7
im D je Jahr in %		28,7	22,1
1965	Mill. DM	94,6	2 106
1975	"	421,3	8 410
Zunahme in Mill. DM		326,7	6 304
in %		345,4	299,3
im D je Jahr in %		16,4	15,0

26,2% über denen für 1973. Mit einer Erhöhung um 32,5% sind die Sozialhilfeausgaben 1974 am stärksten in Schleswig-Holstein gestiegen. Im Saarland war mit einer Zunahme von 20% das Wachstum der Ausgaben von allen Ländern am geringsten. Während bei der Hilfe zum Lebensunterhalt die Länder Bremen und Hessen mit einer Zunahme der Ausgaben um 35 und 37% an der Spitze lagen, übertraf Schleswig-Holstein bei den Ausgaben für Hilfen in besonderen Lebenslagen mit einer Zunahme um 33,5% deutlich alle anderen Länder. Die Ausgaben für Hilfen in besonderen Lebenslagen sind 1974 in Schleswig-Holstein von 169,4 Millionen DM auf 226,2 Millionen DM gestiegen.

Schon dieser Vergleich zeigt, daß die überproportionale Kostensteigerung in Schleswig-Holstein im Laufe der letzten 10 Jahre auf die verschiedenen gesetzlichen Hilfen in besonderen Lebenslagen zurückzuführen ist und nicht etwa auf die Hilfe zum Lebensunterhalt, deren Ausgabenentwicklung im allgemeinen dem Bundesdurchschnitt entspricht. Ihre Ausgaben sind von 1965 bis 1975 in Land und Bund um den Faktor 2,6 gewachsen, die für Hilfen in besonderen Lebenslagen jedoch im Bundesgebiet um das 3,2fache und in Schleswig-Holstein um das 4fache.

#### Überdurchschnittliche Sozialhilfedichte in Schleswig-Holstein

Der Anteil Schleswig-Holsteins an den Gesamtausgaben der Sozialhilfe im Bundesgebiet lag schon immer höher als sein

Bevölkerungsanteil von 4,2%. Er ist von 4,5% im Jahre 1965 auf 5,0% im Jahre 1975 gestiegen.

Dieser überproportionale Anteil Schleswig-Holsteins findet in erster Linie seine Erklärung in der im Verhältnis zu anderen Ländern größeren Sozialhilfedichte (Sozialhilfeshäufigkeit) Schleswig-Holsteins, die von der Einkommensstruktur der Bevölkerung abhängig ist. Nach der Bundesstatistik für 1974 (neuere Angaben liegen noch nicht vor) entfielen auf 1 000 Einwohner

in Berlin (West)	= 61 Empfänger von Sozialhilfe
Bremen	= 51 "
Hamburg	= 47 "
Nordrhein-Westfalen	= 36 "
Schleswig-Holstein	= 35 "
Niedersachsen	= 33 "
Saarland	= 31 "
Bundesdurchschnitt	= 31 "
Hessen	= 28 "
Rheinland-Pfalz	= 27 "
Bayern	= 22 "
Baden-Württemberg	= 21 "

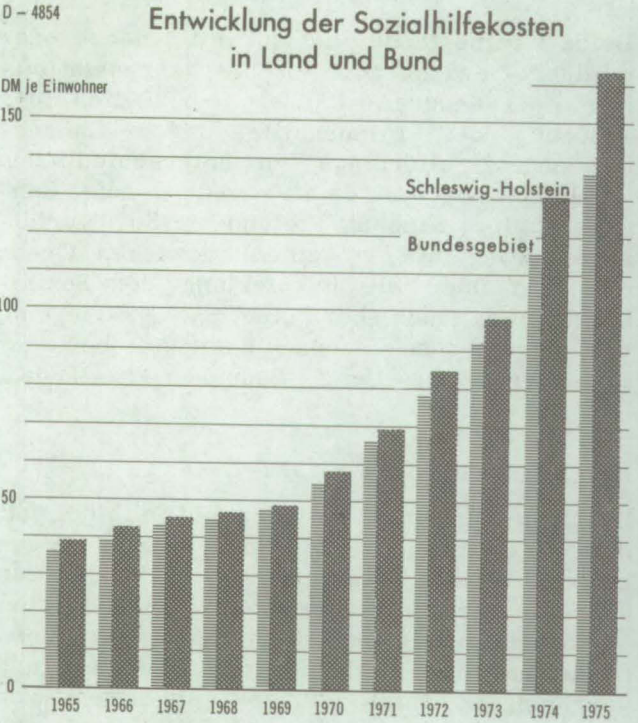
1965 betrug die Sozialhilfedichte in Schleswig-Holstein 27 auf 1 000 Einwohner, 1975 dagegen 39 auf 1 000 Einwohner. Die Entwicklung als solche entspricht etwa der des Bundesdurchschnitts.

Die überdurchschnittliche Sozialhilfedichte bedeutet, daß 1974 in Schleswig-Holstein 11 200 Sozialhilfeempfänger mehr zu betreuen waren als bei bundesdurchschnittlicher Sozialhilfedichte. Bei einem Durchschnittsaufwand 1975 pro Hilfeempfänger von 4 175 DM macht dies einen überdurchschnittlichen Jahresaufwand von 47 Millionen DM aus.

	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein
	DM je Einwohner <sup>1</sup>	
1965	35,52	38,81
1966	38,76	42,27
1967	42,54	45,05
1968	44,18	46,59
1969	46,73	48,80
1970	54,67	57,48
1971	65,31	69,09
1972	77,94	84,16
1973	91,08	98,74
1974	115,12	130,59
1975	136,44	163,16

1) am Jahresende

Die überproportionale Kostenentwicklung und die überdurchschnittliche Sozialhilfedichte finden in Schleswig-Holstein auch in einer überdurchschnittlichen Sozialhilfebelastung je Einwohner ihren entsprechenden Niederschlag. Gemessen an den Gesamtausgaben der Sozialhilfe ergibt ein Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt im Laufe der letzten 11 Jahre folgendes Bild:



Danach ist die Sozialhilfebelastung je Einwohner 1975

- im Bundesdurchschnitt auf 384%
- in Schleswig-Holstein auf 420% von 1965 gestiegen.

### Die Hilfe zum Lebensunterhalt

Oben ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die überproportionale Kostensteigerung in Schleswig-Holstein nicht durch die Hilfe zum Lebensunterhalt verursacht worden ist. Dies zeigt sich auch, wenn man die Darstellung der Kostenbelastung je Einwohner auf die Hilfe zum Lebensunterhalt beschränkt. Dann ergibt sich für Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet folgendes Bild (siehe nächste Tabelle):

Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt liegt danach die Belastung je Einwohner in Schleswig-Holstein in den meisten Jahren nahe dem Bundesdurchschnitt. Soweit sie den Bundesdurchschnitt übersteigt, ist dies mit der größeren Sozialhilfedichte in Schleswig-Holstein zu erklären.

	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein
	DM je Einwohner <sup>1</sup>	
1965	14,06	15,11
1966	15,15	15,66
1967	16,27	16,10
1968	16,36	15,71
1969	16,97	16,18
1970	19,35	19,64
1971	23,33	23,51
1972	28,55	29,00
1973	33,37	33,11
1974	42,75	43,07
1975	49,07	51,97

1) am Jahresende

Die Belastung je Einwohner ist 1975 im Bundesdurchschnitt auf 349 %, in Schleswig-Holstein auf 344 % von 1965 gestiegen.

Die Belastung je Einwohner hat in den Jahren 1974 und 1975 sowohl im Bundesdurchschnitt als auch in Schleswig-Holstein im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren relativ stark zugenommen. Dies entspricht den Steigerungsraten bei den Ausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt, die für 1974 im Bundesdurchschnitt bei 27,9 %, in Schleswig-Holstein bei 30,3 % lagen. Dieser Ausgabenzuwachs beruht im wesentlichen auf einer Zunahme der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. Während die Zahl der Personen, die ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise aus Mitteln der Sozialhilfe bestreiten müssen, in der Zeit von 1965 bis 1970 zeitweise rückläufig war, hat sie ab 1971 kontinuierlich zugenommen. Im Jahre 1974 ist sie im Bundesgebiet um 15,1 %, in Schleswig-Holstein um 16,2 % auffallend stark gestiegen. In Schleswig-Holstein hat sich diese Entwicklung 1975 mit einer Zunahme um 18,4 % fortgesetzt.

Daran zeigt sich, daß ständig mehr Bezieher anderweitiger Einkünfte (zum Beispiel Rentner), die bisher unabhängig von Sozialhilfe leben konnten, wegen der steigenden Lebenshaltungskosten sozialhilfebedürftig werden und auf die Aufstockung ihrer Einkünfte auf den von der Sozialhilfe garantierten Mindestbedarf angewiesen sind. Die auslösenden Faktoren sind vielfältig. Es kann sich um steigende Mieten handeln, denen das zuletzt ab 1.4.1974 festgesetzte Wohngeld nicht mehr angepaßt worden ist, oder um die Heizungskosten in zentral beheizten Wohnungen oder um erhöhte Stromkosten. Auch die Übernahme von Mietschulden, soweit dies insbesondere bei kinderreichen Familien zur Vermeidung von Obdachlosigkeit geboten ist, schlägt zu Buch. Schließlich führt auch die Entwicklung der Pflegesätze für Heime dazu, daß bisherige Selbstzahler in Altenheimen

zu Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt werden, weil sie die gestiegenen Heimkosten nicht mehr voll tragen können.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt, soweit sie als laufende Leistung gewährt wird, ist nach ihrer Zweckbestimmung mit den Renten vergleichbar. Sie wird nach Regelsätzen bemessen, die von der obersten Landessozialbehörde für das Gebiet des Landes einheitlich festgesetzt werden. Hinzu treten der Unterkunftbedarf (Miete) und unter bestimmten Voraussetzungen Mehrbedarfzuschläge. Die laufende Hilfe wird gegebenenfalls ergänzt durch einmalige Leistungen für einen Lebensunterhaltsbedarf, der mit den Regelsätzen nicht abgegolten ist (zum Beispiel Hausrat, Bekleidung, Heizung). Einmalige Leistungen erhalten bei nachgewiesenem Bedarf auch Personen, die mit ihrem Einkommen an der Grenze der sozialhilferechtlichen Bedürftigkeit leben.

Der Eckregelsatz (das ist der Regelsatz für Alleinstehende und Haushaltsvorstände), von dem die nach Altersgruppen gestaffelten Regelsätze für sonstige Haushaltsangehörige prozentual abhängen, ist in Schleswig-Holstein von 1964 bis 1975 von 105 DM auf 254 DM, das heißt um 142 %, gestiegen. Diese kaufkraftbezogene Anpassung an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten bleibt hinter der brutto-lohnbezogenen Anpassung der Sozialversicherungsrenten, die im gleichen Zeitraum um 169 % gestiegen sind, deutlich zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die relativ starke Anhebung des Eckregelsatzes in den Jahren 1970 (um 13 %) und 1971 (um 19,2 %) nicht allein preisbedingt, sondern auf die gleichzeitige Anpassung des zugrundeliegenden Verbrauchsmengenschemas (Warenkorb) an den allgemein gestiegenen Lebensstandard der Bevölkerung zurückzuführen war.

Inzwischen sind die Sozialhilferegelsätze weiter angehoben worden. Seit dem 1.1.1976 beläuft sich der Eckregelsatz auf 268 DM, ab 1.1.1977 auf 288 DM. Entsprechend sind auch die Sozialversicherungsrenten ab 1.7.1976 um 11 % erhöht worden; eine weitere Erhöhung um 9,9 % erfolgt ab 1.7.1977.

Das von der Sozialhilfe für den laufenden Lebensunterhalt garantierte Mindesteinkommen erreicht nach den in Schleswig-Holstein ab 1.1.1977 geltenden Regelsätzen - mit leichten Abweichungen gilt dies auch in anderen Bundesländern - folgende Beträge:

1. Alleinstehender, über 65 Jahre alt

Regelsatz	288,00 DM
Mehrbedarfszuschlag 30 %	86,40 "
angenommene (um Wohngeld gekürzte) Miete	150,00 "
Hilfe zum Lebensunterhalt monatlich	524,40 DM

## 2. Ehepaar, beide Eheleute über 65 Jahre alt

Regelsatz	288,00 DM
Mehrbedarfszuschlag 30 %	86,40 "
Regelsatz	230,00 "
Mehrbedarfszuschlag 30 %	69,00 "
angenommene (um Wohngeld gekürzte) Miete	200,00 "
Hilfe zum Lebensunterhalt monatlich	873,40 DM

Danach haben zum Beispiel Rentner, deren Gesamteinkünfte die genannten Beträge nicht erreichen und die über einzusetzendes Vermögen nicht verfügen (als geschütztes Barvermögen gelten Beträge von 1 500 DM für den Alleinstehenden und 1 800 DM für ein Ehepaar), Anspruch auf den Differenzbetrag als Hilfe zum Lebensunterhalt. Daneben besteht bei Bedarf ein Anspruch auf einmalige Leistungen (Hausrat, Bekleidung, Heizung) sowie auf Weihnachtsbeihilfe als freiwillige Leistung.

In Schleswig-Holstein befanden sich im Jahre 1975 unter 33 000 Haushalten mit Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt mehr als ein Drittel Rentnerhaushalte. Die Zahl der Haushalte und Personen (zum Beispiel Rentner), die lediglich einmalige Leistungen (zum Beispiel für Bekleidung, Heizung oder Weihnachtsbeihilfe) in Anspruch nehmen mußten, wird statistisch nicht erfaßt.

## Ausgaben der Sozialhilfe je Hilfeempfänger

Teilt man die Bruttoausgaben eines Jahres durch die Zahl der Sozialhilfeempfänger, so ergibt sich die je Hilfeempfänger im Durchschnitt geleistete Ausgabe eines Jahres. Dieser Durchschnittsbetrag stellt zwar nur einen theoretischen Wert dar, weil sich in Wirklichkeit die Leistungen nach ihrer Höhe von Fall zu Fall stark unterscheiden und im übrigen die Zahl derjenigen Personen, die lediglich einmalige Leistungen zum Lebensunterhalt erhalten haben, statistisch nicht erfaßt wird. Er ermöglicht aber einen Vergleich, ob die Durchschnittsbeträge eines Landes über oder unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Daraus lassen sich auch Schlüsse auf die das Kostenniveau bestimmenden Faktoren (zum Beispiel Höhe der Regelsätze und der Pflegesätze von Heimen und Anstalten) und nicht zuletzt auf die Verwaltungspraxis ziehen. Besonders hinsichtlich dieses letzteren Faktors gibt eine Gegenüberstellung der Ausgaben je Hilfeempfänger insgesamt, bei der Hilfe zum Lebensunterhalt und bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen für das Bundesgebiet und für Schleswig-Holstein Aufschluß. Die Werte für Schleswig-Holstein liegen danach bei den Gesamtausgaben und bei der Hilfe zum Lebensunterhalt seit 1965 durchweg unter dem Bundesdurchschnitt. Lediglich bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen über-

steigen sie 1965 bis 1967 und 1974 geringfügig den Bundesdurchschnitt. Daraus kann der Schluß gezogen werden, daß der überproportionale Kostenanstieg in Schleswig-Holstein jedenfalls nicht auf einer im Verhältnis zu anderen Ländern großzügigeren Verwaltungspraxis beruht.

## Einnahmen

Daß die Sozialhilfeträger in Schleswig-Holstein im Verwaltungsvollzug nicht weniger sparsam und nicht großzügiger arbeiten als in anderen Bundesländern, ergibt sich auch aus dem Ausmaß der Einnahmen, die die Sozialhilfeträger in Form von Kostenbeiträgen, Aufwendungsersatz, Kostenersatz und Ersatzleistungen von anderen Sozialleistungsträgern und Unterhaltspflichtigen auf gesetzlicher Grundlage zur teilweisen Deckung ihrer Ausgaben einziehen. Das Geltendmachen und Durchsetzen dieser Ansprüche gehört zu den schwierigsten und arbeitsaufwendigsten Aufgaben der Sozialhilfeträger. Nicht selten bleiben zeitraubende Bemühungen am Ende ohne Erfolg.

In der Intensität und gemessen an dem finanziellen Erfolg nimmt Schleswig-Holstein bei der Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten hinter Baden-Württemberg und Berlin unter den Bundesländern den dritten Rang ein. Von den Jahresbruttoausgaben der Sozialhilfe wurden im Jahre 1974 durch Einnahmen gedeckt:

in Baden-Württemberg	27,2 %	Nordrhein-Westfalen	19,9 %
Berlin (West)	25,3 %	Rheinland-Pfalz	19,0 %
Schleswig-Holstein	22,2 %	Saarland	18,9 %
Bayern	21,7 %	Hamburg	18,9 %
Hessen	21,6 %	Niedersachsen	18,1 %
Bundesdurchschnitt	21,1 %	Bremen	14,9 %

## Hilfe zur Pflege

Wie bereits dargelegt, ist die überproportionale Entwicklung der Sozialhilfekosten in Schleswig-Holstein auf die Hilfen in besonderen Lebenslagen zurückzuführen. Diese bedürfen daher noch einer besonderen Betrachtung.

Unter den 12 Hilfearten<sup>1)</sup>, die das Bundessozialhilfegesetz als Hilfen in besonderen Lebens-

1) Es handelt sich um

1. Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage
2. Ausbildungshilfe
3. Vorbeugende Gesundheitshilfe
4. Krankenhilfe; Hilfe zur Familienplanung
5. Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen
6. Eingliederungshilfe für Behinderte
7. Tuberkulosehilfe
8. Blindenhilfe
9. Hilfe zur Pflege
10. Hilfe zur Weiterführung des Haushalts
11. Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten
12. Altenhilfe

lagen vorsieht, stellen die Hilfe zur Pflege und die Eingliederungshilfe für Behinderte die größten Ausgabeposten dar. Im Bundesgebiet machten 1974 die Ausgaben für diese beiden Hilfearten zusammen 78,6 % der Gesamtausgaben für Hilfen in besonderen Lebenslagen aus; in Schleswig-Holstein waren es sogar 85,3 %.

Hilfe zur häuslichen Pflege wird in der Regel in Form von Pflegegeld gewährt, dessen Höhe von dem Grad der Pflegebedürftigkeit abhängt. Das Pflegegeld wird im Abstand von 2 Jahren durch Rechtsverordnung des Bundes festgesetzt; das Pflegegeld für Schwerstbehinderte unterliegt der jährlichen Anpassung nach Maßstäben des Bundesversorgungsgesetzes. Die Aufwendungen für häusliche Pflege gehen zu Lasten der örtlichen Sozialhilfeträger.

Die Kosten der stationären Pflege Behinderter einschließlich der Pflege psychisch Kranker in den Landeskrankenhäusern und anderen psychiatrischen Einrichtungen fallen dem Land als überörtlichem Träger der Sozialhilfe zur Last. Dies gilt seit dem Inkrafttreten des Dritten BSHG-Änderungsgesetzes (1. 4. 1974) nunmehr auch überwiegend für die Kosten der in Pflegeheimen gewährten Pflege. Die Kreise und kreisfreien Städte als örtliche Träger werden entsprechend entlastet.

Schleswig-Holstein ist von allen Ländern mit Kosten der Hilfe zur Pflege relativ am stärksten belastet und hat seit 1965 auch den größten Ausgabenzuwachs zu verzeichnen. Die Entwicklung zeigt folgendes Bild:

Kosten der Hilfe zur Pflege in Schleswig-Holstein

	Gesamtausgabe	Ausgabenzuwachs gegenüber 1965	
	in Mill. DM	in Mill. DM	in %
1965	33,9		
1974	157,2	123,3	364
1975	201,5	167,6	494

Die Ausgaben für 1975 verteilen sich wie folgt:

	Häusliche Pflege (Pflegegeld)	Stationäre Pflege	Zusammen
	Mill. DM		
Kreise und kreisfreie Städte (örtliche Träger)	22,7	23,1	45,8
Land (überörtlicher Träger)			
in Heimen	—	77,2	} 155,7
in Anstalten	—	78,5	
	22,7	178,8	201,5

Für den im Vergleich zu anderen Ländern hohen Anteil der Hilfe zur Pflege an den

Gesamtkosten der Sozialhilfe und die rapide Kostensteigerung in Schleswig-Holstein gibt es mehrere Gründe:

1. Unter den Pflegebedürftigen, die ambulante oder stationäre Hilfe erfordern, ist der Anteil alter Menschen naturgemäß besonders groß. In Schleswig-Holstein sind 15,3% der Bevölkerung 65 Jahre alt oder älter (31.12.1974). Mit diesem Anteil liegt Schleswig-Holstein an der 4. Stelle der Länderskala (Bundesdurchschnitt 14,3 %).
2. Schleswig-Holstein hatte in den vergangenen Jahren einen besonders großen Nachholbedarf an geeigneten Pflegeheimen. 1965 standen 3 523 Pflegeheimplätze zur Verfügung. Entsprechend dem tatsächlichen Bedarf ist die Zahl der Pflegeheimplätze bis 1975 mehr als verdoppelt worden (7 410).

Mit den zusätzlichen Möglichkeiten zur stationären Pflege ist auch die Zahl der zu Lasten der Sozialhilfe untergebrachten Pflegeheimbewohner gestiegen.

3. Die bessere Ausstattung der Pflegeheime und die steigenden Personal- und Sachkosten haben in den vergangenen Jahren eine laufende Anpassung der Pflegesätze an die gestiegenen Selbstkosten zur Folge gehabt. Tagespflegesätze von 60 DM, die für einen Pflegebedürftigen einen Monatsaufwand von 1 800 DM (jährlich 21 600 DM) erfordern, sind nicht mehr selten. Hinzu kommt ein Taschengeld als Pflichtleistung der Sozialhilfe, das sich nach der Neuregelung durch das Dritte BSHG-Änderungsgesetz in den meisten Fällen auf reichlich 130 DM im Monat beläuft.

Bei einem Jahresaufwand von 20 000 DM für die Einzelperson erwachsen der Sozialhilfe für 1000 Zugänge an Pflegeheimbewohnern Bruttoausgaben von 20 Mill. DM jährlich. Nach Abzug angerechneten Einkommens verbleibt eine Nettobelastung von etwa 10 Mill. DM.

4. Bei den dem Land als überörtlichem Träger der Sozialhilfe zur Last fallenden Kosten der stationären Pflege psychisch Kranker in den Landeskrankenhäusern handelt es sich zwar lediglich um Verrechnungen innerhalb des Landeshaushalts. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß der nach dem Stande von 1975 mit etwa 70 Mill. DM zu beziffernde Ausgabeposten die Gesamtausgaben der Sozialhilfe besonders stark beeinflusst.

Der für Sozialhilfeempfänger zu zahlende Verrechnungssatz (Tagespflegesatz) der Landeskrankenhäuser ist seit 1970 besonders auffallend gestiegen. Er betrug ab 1. 1. 1970 noch 17,60 DM und belief sich ab 1. 1. 1975 auf 59,05 DM. Das ist eine Steige-

# LANDESHAUSHALT 1977

- Haushaltsansatz in Millionen DM -

D - 4848

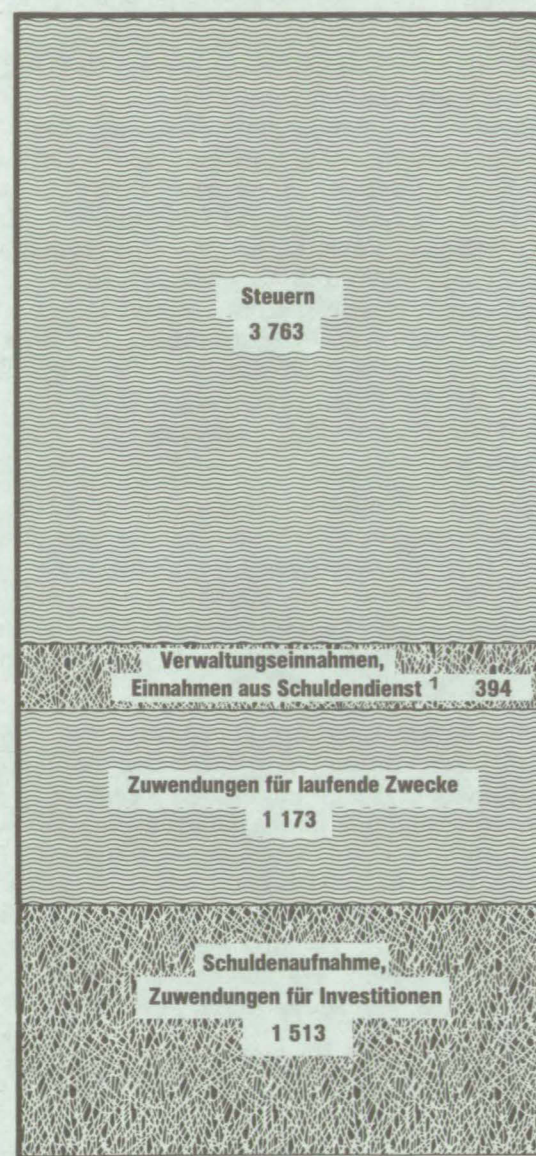


NACH DEM AUFGABENBEREICH

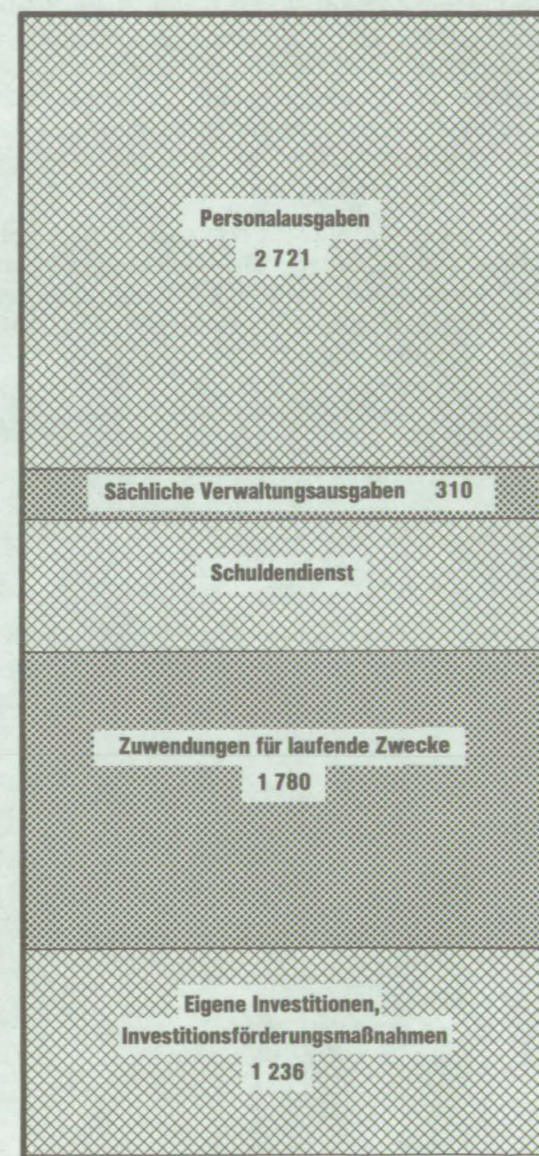
## EINNAHMEN

NACH  
DER ART

## AUSGABEN

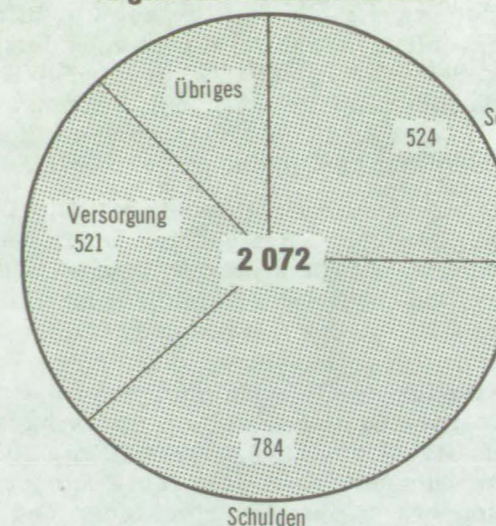


6870

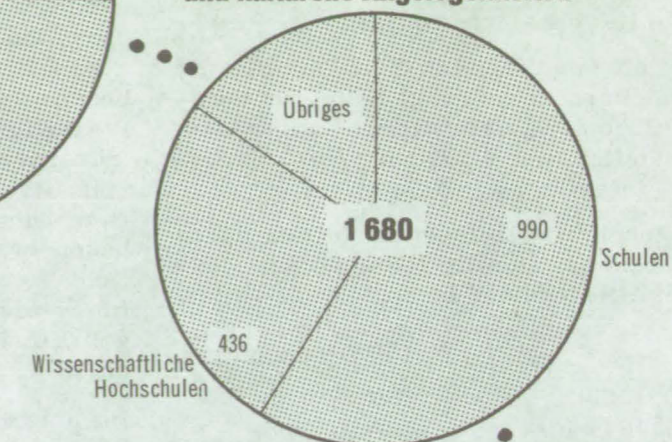


6870

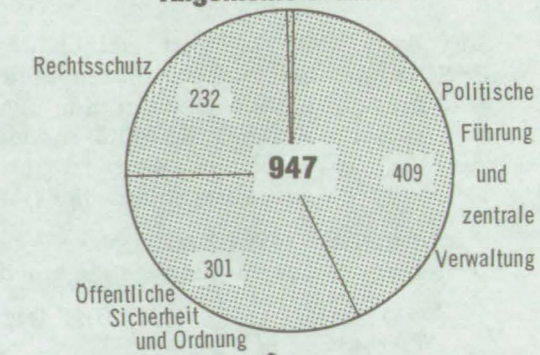
### Allgemeine Finanzwirtschaft



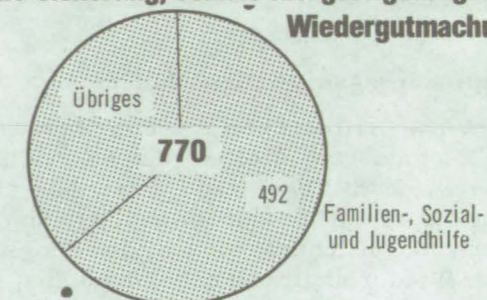
### Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und kulturelle Angelegenheiten



### Allgemeine Dienste



### Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung



### Gesundheit, Sport und Erholung



### Ernährung, Landwirtschaft und Forsten



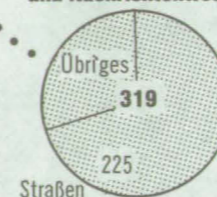
### Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen

26

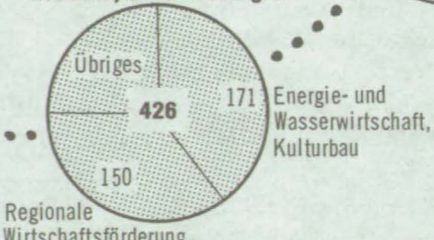
### Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste



### Verkehrs- und Nachrichtenwesen



### Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen



1) einschließlich steuerähnlicher Einnahmen

rung im Laufe von 5 Jahren auf 335 %. Bei 3 300 Sozialhilfepatienten hat eine Erhöhung des Verrechnungssatzes um nur 1 DM eine Mehrbelastung der Sozialhilfe von 1,2 Mill. DM jährlich zur Folge.

Seit dem 1. 1. 1976 beläuft sich der Verrechnungssatz auf 64,95 DM täglich.

Psychisch Kranke in den Landeskrankenhäusern, deren Kosten von der Sozialhilfe getragen werden, erhalten im übrigen seit dem 1. 1. 1975 Taschengeld in der gleichen Höhe wie Bewohner von Heimen.

5. In der Zeit von 1965 bis 1975 hat sich die Zahl der Personen, denen Hilfe zur häuslichen Pflege gewährt wird, nahezu verdreifacht, nämlich von 4 171 auf 12 030 Personen.

In der Regel wird Pflegegeld in der durch Bundesrecht bestimmten Höhe gewährt. Die Höhe des Pflegegeldes betrug

1965	=	100	DM	monatlich
ab 1. 10. 1969	=	150	"	"
ab 1. 4. 1974	=	180	"	"
ab 1. 7. 1975	=	200	"	"

Ab 1. 7. 1977 steigt es auf 244 DM.

Seit dem 1. 4. 1974 ist durch das Dritte BSHG-Änderungsgesetz ein erhöhtes Pflegegeld für Schwerstbehinderte eingeführt worden, das von anfangs 437 DM monatlich bis zum 1. 7. 1976 auf 599 DM gestiegen ist. Ab 1. 7. 1977 beläuft es sich auf 658 DM.

Für die Hilfe zur häuslichen Pflege sind in Schleswig-Holstein ausgegeben worden

1965	=	3,2	Mill. DM
1969	=	4,5	" "
1974	=	17,1	" "
1975	=	22,7	" "

## Eingliederungshilfe für Behinderte

Die Vorschriften über die Eingliederungshilfe für Behinderte stellen das Kernstück des Bundessozialhilfegesetzes dar. Man versteht darunter die Hilfe zur medizinischen, schulischen, beruflichen und sozialen Eingliederung oder Wiedereingliederung körperlich, geistig oder seelisch Behinderter und von einer solchen Behinderung Bedrohter. Die Sozialhilfe verfügt über ein breitgefächertes Angebot an Eingliederungshilfen, das ständig dem technischen Fortschritt und dem sozialen Wandel anzupassen ist:

Behinderte werden umfassend medizinisch und orthopädisch versorgt; Psychologen, Pädagogen und Therapeuten nehmen sich ihrer an; sie er-

halten eine angemessene Vorschul- und Schulausbildung; sie werden für einen ihrem Leistungsvermögen entsprechenden Beruf ausgebildet; es wird ihnen Hilfe zur Fortbildung und Umschulung gewährt; wenn wegen der Schwere der Behinderung arbeits- und berufsfördernde Maßnahmen nicht oder nur begrenzt möglich sind, wird ihnen eine angemessene Tätigkeit in Werkstätten für Behinderte ermöglicht.

1965 war Schleswig-Holstein mit Einrichtungen zur Betreuung Behinderter noch weitgehend unversorgt. Während im Bundesdurchschnitt die Ausgaben der Eingliederungshilfe 1965 schon 12,3 % der Gesamtausgaben für Hilfen in besonderen Lebenslagen ausmachten, waren es in Schleswig-Holstein nur 4,3 %. Erst nach Inkrafttreten des Zweiten Änderungsgesetzes zum BSHG am 1. 10. 1969 sind die Hilfe- und Betreuungsmöglichkeiten für Behinderte, insbesondere für behinderte Kinder und Jugendliche, erweitert und stark ausgebaut worden. Im Vordergrund stand zunächst die Schaffung von Einrichtungen zur teilstationären Betreuung.

Im Jahre 1970 wurden in Sonderkindergärten/ Sonderhorten und in Werkstätten für Behinderte insgesamt 1 500 behinderte Kinder und Jugendliche teilstationär betreut. In Wohnheimen und Internaten standen 160 Plätze für Behinderte zur Verfügung.

Bis zum gegenwärtigen Stand konnte die Zahl der Plätze in teilstationären Einrichtungen mehr als verdoppelt werden. Allein 1 500 behinderte Kinder werden in Sonderkindergärten und Sonderhorten betreut. Eine stufenweise Überleitung eines Großteiles dieser Behinderter in Sonderschulen G ist bis 1980 vorgesehen.

Darüber hinaus stehen in Werkstätten für Behinderte rund 2 100 Plätze zur Verfügung. Die Zahl der Plätze in Wohnheimen und Internaten für Behinderte ist auf 290 erhöht worden.

Mit dem Ausbau des Netzes behindertengerechter Betreuungseinrichtungen haben sich auch die Kosten der Eingliederungshilfe stark erhöht. Trotzdem lag 1974 der Anteil der Eingliederungshilfe an den Gesamtkosten der Hilfen in besonderen Lebenslagen in Schleswig-Holstein mit 15,8 % immer noch unter dem Bundesdurchschnitt von 24,0 %.

Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte in Schleswig-Holstein

	Gesamtausgabe	Ausgabenzuwachs gegenüber 1965	
	in Mill. DM	in Mill. DM	in %
1965	2,3	.	.
1974	35,7	33,4	1 452
1975	46,7	44,4	1 930

Im Durchschnitt belaufen sich die monatlichen Kosten je Behinderten bei teilstationärer Betreuung

- in Sonderkindergärten/Horten  
auf etwa 1 000 DM
- in Werkstätten für Behinderte  
auf etwa 800 DM.

Nettobelastung der Sozialhilfeträger

Ein Teil der Sozialhilfeausgaben wird durch Einnahmen gedeckt, die die Sozialhilfeträger auf gesetzlicher Grundlage einziehen. Der durch Einnahmen nicht gedeckte Teil stellt die eigentliche Sozialhilfebelastung dar.

Die Sozialhilfeträger gewähren auch Leistungen, die nicht auf dem Bundessozialhilfegesetz beruhen (Krankenversorgung für Unterhaltshilfeempfänger nach dem Lastenausgleichsgesetz, Geschlechtskrankenfürsorge, Weihnachtsbeihilfen) oder die nicht durch die Sozialhilfestatistik erfaßt werden (Leistungen an Deutsche im Ausland).

In der folgenden Übersicht sind für 1975 die Bruttoausgaben, die Einnahmen und die Nettobelastung der Sozialhilfeträger in Schleswig-Holstein dargestellt. Zusätzlich sind die Ausgaben des Landes für das Landesblindengeld aufgeführt.

	Kreise und kreisfreie Städte (örtliche Träger)	Land (überörtlicher Träger)	Zusammen
	1 000 DM		
Sozialhilfe			
Ausgaben	212 181	209 153	421 334
Einnahmen	47 695	42 932	90 627
Nettobelastung	164 486	166 221	330 707
Weitere Leistungen	11 821	1 607	13 428
Landesblindengeld	-	16 301	16 301
Insgesamt	176 307	184 129	360 436

Tendenz der Entwicklung  
der Sozialhilfeausgaben bis 1980

Die Vorausschätzung der künftigen Ausgabenentwicklung muß sich an der bisherigen Entwicklung der Bruttoausgaben, der Zahl der Hilfeempfänger und der Durchschnittsausgaben pro Hilfeempfänger orientieren. Dafür stehen folgende Daten zur Verfügung:

	1965 bis 1969		1970 bis 1974	
	Steigerung in %			
	in 4 Jahren	pro Jahr	in 4 Jahren	pro Jahr
Sozialhilfe insgesamt				
Bruttoausgaben	31,9	7,2	127,4	23
Bruttoausgaben je Empfänger	28	6,4	72,6	14,7
Zahl der Empfänger	3,2	0,9	31,7	7,1
Hilfe zum Lebensunterhalt				
Bruttoausgaben	12,2	3	125,8	22,7
Bruttoausgaben je Empfänger	28	6,5	53,4	11,3
Zahl der Empfänger	- 12,4	- 3	47,1	10,2
Hilfe in besonderen Lebenslagen				
Bruttoausgaben	44,3	9,6	128	23
Bruttoausgaben je Empfänger	27	6,2	92	18
Zahl der Empfänger	13,5	3,2	18,5	4,4

Wie diese Übersicht zeigt, unterscheidet sich die Entwicklung in den Jahren 1970 - 1974 deutlich von der der Jahre 1965 - 1969.

Die Entwicklung in der früheren Phase kann im allgemeinen als normal bezeichnet werden. Bei einem Rückgang der Zahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt um durchschnittlich 3 % jährlich und einem Zugang bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen in etwa gleichem Umfange hat die Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger stagniert. Der jährliche Ausgabenzuwachs pro Hilfeempfänger liegt bei der Hilfe zum Lebensunterhalt und bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen gleichermaßen bei gut 6 %. Er deckt im wesentlichen nur die auf die Entwicklung der Preise, Löhne und Gehälter zurückzuführenden Kostensteigerungen ab und schlägt bei den personalintensiven und damit teureren Heim- und Anstaltskosten der Hilfen in besonderen Lebenslagen naturgemäß stärker zu Buch als bei der Hilfe zum Lebensunterhalt.

Ein völlig anderes Bild bietet die Entwicklung von 1970 bis 1974. Auffallend ist zunächst die starke Zunahme der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt um durchschnittlich 10,2 % jährlich. Dieser Zugang wird noch übertroffen von dem jährlichen Ausgabenzuwachs pro Hilfeempfänger um 11,3 %, der bei der Hilfe zum Lebensunterhalt zu einer jährlichen Steigerungsrate von 22,7 % geführt hat. In dieser Entwicklung kommt zum Ausdruck, daß in diesem Zeitraum die durch bestimmte Faktoren beeinflusste Scherenbewegung zwischen sozialhilfe-rechtlichem Bedarf und dem anrechenbaren Einkommen zu einer breiteren Öffnung geführt haben muß. In den Jahren 1970 und 1971 sind die Sozialhilferegelsätze, die die Bedarfsgrenze bestimmen, wegen der notwendigen Anpassung an den allgemein gehobenen Lebensstandard der Bevölkerung (Änderung des maßgebenden Verbrauchsmengenschemas) stärker

als sonst erhöht worden. Gleichzeitig stagnierende Einkommen und Einkommenseinbußen (Fortfall von Einkünften aus Halbtagsarbeit und Überstunden; Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit; Minderung des Erwerbseinkommens durch steigende Sozialabgaben) in den Jahren der Rezession öffneten die Schere zwischen sozialhilferechtlichem Mindestbedarf und Selbsthilfevermögen so weit, daß nicht nur Empfängern von Arbeitslosenhilfe, sondern teilweise auch erwerbstätigen Ernährern kinderreicher Familien zusätzlich Hilfe zum Lebensunterhalt in Form laufender und einmaliger Leistungen gewährt werden mußte.

Hilfe zum Lebensunterhalt muß auch an Bewohner von Altenheimen gewährt werden, deren Einkommen aus Renten und Pensionen zur Deckung der Heimkosten zuzüglich Taschengeld nicht ausreicht. Die Ausweitung des Platzangebotes in Altenheimen und der im Verhältnis zu Renten und Pensionen stärkere Anstieg der Heimpflegesätze hat seit 1970 ebenfalls zu einer Zunahme der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt und zu einer entsprechenden Ausgabensteigerung geführt.

Diese Entwicklung ist im übrigen seit 1974 durch das Dritte Änderungsgesetz zum BSHG verstärkt worden (neue Taschengeldregelung für Heimbewohner; Einschränkung der Möglichkeit, Unterhaltspflichtige zu Kostenbeiträgen heranzuziehen).

Die Entwicklung der Hilfen in besonderen Lebenslagen in den Jahren von 1970 bis 1974 ist gekennzeichnet durch eine relativ mäßige Zunahme von Hilfeempfängern bei überdurchschnittlichem Ausgabenzuwachs (insgesamt im Durchschnitt 23 % jährlich; pro Hilfeempfänger 18 % jährlich). An dem durchschnittlichen Ausgabenzuwachs pro Hilfeempfänger um 18 % jährlich ist abzulesen, daß die Entwicklung hauptsächlich auf die gestiegenen Kosten und nicht auf eine Ausweitung des Empfängerkreises zurückzuführen ist. Dabei haben die personalintensiven Kosten der stationären Hilfen wesentlich größeres Gewicht als die der ambulanten Hilfen. Die Ursachen der Kostensteigerung sind im übrigen bereits oben erläutert worden.

Die Sozialhilfeausgaben sind im Jahre 1975 gegenüber 1974 weiter gestiegen. Der Ausgabenzuwachs übertrifft zwar die durchschnittliche Steigerungsrate aus den Jahren 1970 - 1974, bleibt jedoch hinter der tatsächlichen Steigerungsrate des Jahres 1974 erheblich zurück (24,8 % gegenüber 32,5 %). Dies trifft auf die Hilfe zum Lebensunterhalt mit einer Zuwachsrate von 20,6 % (1974 = 30,3 %) ebenso zu wie auf die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit einer Zuwachsrate von 26,9 % (1974 = 33,5 %). Die stärkere Zunahme der Zahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt

(18,4 % gegenüber 16,2 %) läßt darauf schließen, daß es sich bei den Zugängen im wesentlichen um Teilunterstützte handelt, zum Beispiel um Personen, die wegen der unterbliebenen Anpassung des Wohngeldes an die erhöhten Mieten laufende Mietzuschüsse im Rahmen der Sozialhilfe erhalten müssen.

Mit Sicherheit werden die Sozialhilfeausgaben in der Zeit bis 1980 nicht unter den gegenwärtigen Stand sinken. Sie werden nicht einmal stagnieren, sondern weiter steigen, weil die Sozialhilfe noch längst nicht alle öffentlichen Hilfe bedürftenden Personen und Personengruppen erfaßt hat und weil zur Gewährung der notwendigen Hilfe ein weiterer Ausbau des Netzes sozialer Dienste und Einrichtungen unabweisbar ist. Die in den letzten Jahren verstärkte Aufklärung der Bürger über ihre gesetzlichen Ansprüche hat bei weitem noch nicht alle Berechtigten erreicht. Dies gilt besonders für ältere Menschen, die ihren Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt nicht, nur teilweise oder erst verspätet wahrnehmen. Über die Größe der insoweit bestehenden Dunkelziffer gehen die Meinungen auseinander.

Die Bundesregierung erwartet nach ihrem Sozialbericht 1976 für den Zeitraum bis 1979 einen durchschnittlichen Ausgabenzuwachs um 12 % jährlich. Diese Prognose erscheint - jedenfalls für die voraussichtliche Entwicklung in Schleswig-Holstein - zu optimistisch. Wenn man unterstellt, daß in dem Zeitraum bis 1980

- weitere Änderungen des Bundessozialhilfegesetzes, die Mehraufwendungen zur Folge haben, unterbleiben,
- Änderungen anderer Gesetze mit finanziellen Rückwirkungen auf die Sozialhilfe nicht beschlossen werden,
- das Bedarfsmengenschema der Sozialhilferegelsätze nicht ausgeweitet wird und dadurch die Bedarfs- und Einkommensgrenzen nicht über die allgemeine Preisentwicklung hinaus erhöht werden müssen,

kann zwar gegenüber den Jahren 1970 - 1974 mit einer gewissen Abschwächung der Ausgabenzuwachsraten und mit einer schwächeren Zunahme der Empfängerzahlen gerechnet werden. Für diese Tendenz spricht schon die Entwicklung von 1974 auf 1975, auf die bereits hingewiesen wurde. Sie dürfte sich auch in den Jahren bis 1980 fortsetzen, weil der Zeitraum 1970 - 1974 im Zeichen starker Leistungsverbesserungen (Zweites und Drittes Änderungsgesetz zum BSHG, überproportionale Erhöhung der Regelsätze durch Ausweitung des Bedarfsmengenschemas) stand, die sich mit ähnlichen Auswirkungen bis 1980 nicht wiederholen dürften. Verstärkt wird die abschwächende Tendenz durch den anzunehmenden wirtschaftlichen Auf-

schwung mit konstant bleibenden oder weiter abnehmenden Inflationsraten sowie durch die in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 16.12.1976 für den 1.1.1978 angekündigte Anpassung des Wohngeldes an das veränderte Mietenniveau und die Erhöhung des Kindergeldes für das zweite Kind von 70 auf 80 DM und für das dritte und jedes weitere Kind von 120 auf 150 DM.

Der danach zu erwartenden Entlastung der Sozialhilfe wirken jedoch entgegen die ab 1.1.1978 beabsichtigte Erhöhung der Mehrwertsteuer, die durch zusätzliche Preissteigerungen zwangsläufig zu einer stärkeren Erhöhung der Regelsätze und damit auch zu einer stärkeren Erhöhung der Einkommensgrenzen führt, ferner der bis 1980 noch steigende Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung, der eine weitere Zunahme der Zahl der Pflegebedürftigen zur Folge hat, und möglicherweise auch die Zunahme von Dauerarbeitslosen, die zusätzlich Anspruch auf Sozialhilfe zum Lebensunterhalt haben.

Nachdem der Ausgabenzuwachs des Jahres 1974 von 32 % jährlich auf rund 25 % im Jahre 1975 zurückgegangen ist, kann für die Zeit bis 1980 für Schleswig-Holstein bei optimistischer Schätzung mit einer weiteren Abnahme auf 15 % jährlich gerechnet werden. Mit diesem Ausgabenzuwachs wird Schleswig-Holstein, strukturell bedingt, auch künftig über dem Bundesdurchschnitt liegen.

Für eine grobe Beurteilung der finanziellen Auswirkungen auf die Haushalte der Kommunen und des Landes erscheint es vertretbar, davon auszugehen, daß sich die Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt und für die Hilfe in besonderen Lebenslagen gleichmäßig erhöhen. Auf dieser Basis ergeben sich für die Jahre 1977 - 1980 folgende Mehrausgaben (in Mill. DM):

	1977	1978	1979	1980
	Mill. DM			
Hilfe zum Lebensunterhalt	+ 23,2	+ 26,6	+ 30,6	+ 35,2
Hilfe in besonderen Lebenslagen	+ 49,5	+ 57,0	+ 65,5	+ 75,3
<b>Zusammen</b>	<b>+ 72,7</b>	<b>+ 83,6</b>	<b>+ 96,1</b>	<b>+ 110,5</b>
davon Kreise und kreisfreie Städte (örtliche Träger)	36,6	42,1	48,4	55,6
Land (überörtlicher Träger)	36,1	41,5	47,7	54,9

**Zusammenfassung**

Im Jahre 1965 war jeder 42. Einwohner der Bundesrepublik Empfänger von Sozialhilfe; 1974 war es jeder 32. Bundesbürger. In Schleswig-Holstein nahm 1965 jeder 37. Einwohner Sozialhilfe in Anspruch, 1975 bereits

jeder 25. Bürger des Landes. Mit dieser Zunahme der Sozialhilfeberechtigten hat die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben Schritt gehalten.

Als Garant eines menschenwürdigen Lebens ist die Sozialhilfe insgesamt Maßnahmen zur Dämpfung dieser Entwicklung, insbesondere eines weiteren Kostenanstiegs, nur begrenzt zugänglich. Wegen ihrer Basissicherungsfunktion ist bei jeder Verschlechterung der Wirtschaftslage ein überproportionaler Anstieg der Sozialhilfekosten selbst bei rationellstem Mitteleinsatz unvermeidbar. Er verstärkt sich, wenn aufgrund allgemeiner Sparmaßnahmen die Sozialhilfebehörden personell nicht mehr ausreichend und nicht mit entsprechend qualifizierten Fachkräften besetzt sind.

Die Ursachen der rasanten Kostensteigerung in der Sozialhilfe in den letzten Jahren beruhen im wesentlichen

- auf den von allen politischen Parteien getragenen Leistungsverbesserungen des Zweiten, insbesondere aber des Dritten Änderungsgesetzes zum BSHG, besonders im Bereich der Hilfen für Behinderte und Pflegebedürftige
- und in diesem Zusammenhang auf den über die Beschlüsse der Bundesregierung und des Bundestages hinausgehenden Verbesserungsvorschlägen des Bundesrates (dynamisiertes Pflegegeld für Schwerstbehinderte; Taschengelderhöhung für Heim- und Anstaltsbewohner)
- darauf, daß mit der notwendigen Schaffung zusätzlicher stationärer und teilstationärer Einrichtungen, insbesondere zur Eingliederung behinderter Kinder, Jugendlicher und Erwachsener oder zu deren pflegerischer Betreuung, zwangsläufig ein entsprechend hoher Zugang von Sozialhilfeempfängern einhergeht, der wegen der personalintensiven Individualkosten den Sozialhilfeaufwand rapide erhöht,
- auf der nicht zu beeinflussenden Entwicklung der Personalkosten und der Preise, die die Höhe der Sozialhilferegelsätze und der an den Regelsatz gebundenen Leistungen und Einkommensgrenzen sowie der Pflegesätze für Heime und gleichartige Einrichtungen bestimmt,
- auf der Aussetzung der Anpassung des Wohngeldes an die veränderten Verhältnisse, durch die die Sozialhilfe bei steigenden Mieten stärker belastet wird,
- auf der Dynamisierung bestimmter Leistungen (Blindenhilfe, Pflegegeld) und Einkommensgrenzen nach sozialhilfefremden Maßstäben

darauf, daß die bedarfsorientierte Sozialhilfe als Basissicherung ganz allgemein mit ergänzenden Leistungen überall eintreten muß, wo lohnorientierte Sozialleistungen oder selbst Erwerbseinkommen und unzureichendes Kindergeld, besonders in kinderreichen Familien, zur Deckung des Mindestbedarfs für ein menschenwürdiges Dasein nicht mehr ausreichen.

Hinzu kommt die Bewußtseinsänderung in weiten Bevölkerungskreisen mit einer Anspruchshaltung, die staatliche Hilfe selbst bei normalen Lebensschicksalen fordert, sowie die zunehmende Lockerung oder Auflösung von Familienbindungen, die bei Ehescheidungen berufslose Frauen mit ihren unversorgten Kindern weitgehend der Sozialhilfe anheimfallen läßt.

Alfred Klose

### Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1 – 5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit
- .
- = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt

# Ärzte und Krankenhäuser

Die Anzahl der Ärzte, Zahnärzte, Krankenhäuser und Betten darin gibt sicher keine erschöpfende Auskunft über die Qualität des Gesundheitswesens, gehört jedoch zu den grundlegenden Fakten. Die Reihen über die Ärzte, methodisch einheitlich, zeigen zwischen Anfang und Ende eine deutliche Zunahme, doch die Verläufe im einzelnen waren weder stetig noch bei den Gruppen gleich. Die Zahl der Ärzte insgesamt hielt sich lange mit leichten Schwankungen zwischen 3 000 und 3 200, bis sie Mitte der 60er Jahre erst langsam, dann schneller zu steigen begann und 1975 fast 4 600 erreichte. Im Vergleich zu dem kleinsten Bestand (1955) bedeutet das eine Zunahme um 51 %. Demgegenüber nahm die Zahl der frei praktizierenden Ärzte vom Minimum (1956) bis 1975 nur um 30 % zu, die der Krankenhausärzte jedoch seit 1960 (Minimum) um 89 %. Daraus folgt, daß der Anteil der Krankenhausärzte gestiegen ist: während er bis 1969 nur zwischen 29 % und 32 % schwankte, erreichte er 1973 39 % und blieb danach auf 38 %. Diese Zunahme vollzog sich zu Lasten der frei praktizierenden Ärzte, deren Anteil von 62 % anfangs der sechziger Jahre auf 50 % zurückging, während die restlichen Ärzte, in Forschung und Verwaltung, mit etwa 12 % den gleichen Anteil behielten. Die Zahl der Zahnärzte war 1965 am geringsten, nachdem sie 1955 ihren Höchststand gehabt hatte. Dieser wurde im Zuge der seit 1966 zu beobachtenden Zunahme 1971 wieder erreicht und überschritten, und 1975 gab es um knapp 20 % mehr Zahnärzte als 1950. Der Versorgungsgrad – Einwohner je Zahnarzt – verbesserte sich ungefähr entsprechend: die Zahl der Einwohner je Zahnarzt sank um 15 %. Bei den Ärzten war dieser Wert um 30 % gesunken.

Die Gesamtzahl der Krankenhäuser hat sich in den betrachteten 25 Jahren verringert, vom Höchststand 1955 (155) auf den Tiefststand 1971 (118) um 24 %. Die

zugehörige Bettenzahl dieser Jahre sank nur um 7 %, zwischen den Jahren mit den extremen Bettenzahlen (1950 und 1963) jedoch um 18 %. Beide Aussagen beziehen sich auf die Gesamtzahl, also auf Krankenhäuser für Akutkranke und Sonderkrankenhäuser. Dies sind aber zwei ganz verschiedene Bereiche. Während die erste Gruppe das umfaßt, was üblicherweise in erster Linie unter "Krankenhaus" vorgestellt wird, gehören zur zweiten Gruppe in Schleswig-Holstein (1975) 10 für Psychiatrie und Neurologie (einschließlich Heilstätten), 11 Kurkrankenhäuser, je 3 für Suchtkranke und Tuberkulosekranke, 2 Rehabilitationskrankenhäuser und je eines für Versehrte, für Rheumakranke und für chronisch Kranke. Von diesen Untergruppen der Sonderkrankenhäuser beanspruchen zwar die psychiatrisch/neurologischen mit 31 % die weitaus meisten aller Betten (1975), für die Tabelle wurden jedoch die Betten in Tbk-Krankenhäusern ausgewählt, weil deren Anteil an allen Betten in dieser Periode rapide zurückgegangen ist. Daraus ist der Rückschluß erlaubt, daß die Tuberkulose, anders als in vielen Jahrzehnten vorher, als Volksseuche keine Rolle mehr spielt. Die übrigen Betten in Sonderkrankenhäusern sind dagegen fast stetig vermehrt worden: hatten sie 1950 einen Anteil von nur 12 % an allen Betten, so waren es 1975 43 %. Die wirtschaftlich maßgebliche Aussage über die in den Krankenhäusern erbrachte Leistung ist die Zahl der aufgewendeten Pflégetage, in der Tabelle in die beiden Komponenten "behandelte Kranke" und "Verweildauer" zerlegt, die sich gegenläufig entwickelt haben: eine Zunahme der Kranken von 1952 bis 1975 um 38 % steht neben einer Abnahme der Verweildauer um 35 %. Die – hier nicht ausgewiesene – Zahl der Pflégetage hat sich mit einer Abnahme um 8 % vergleichsweise wenig verändert, wohl aber ist die Umschichtung (mehr Patienten mit weniger Krankenhaustagen) charakteristisch.

Jahr	Berufstätige Ärzte und Zahnärzte <sup>1)</sup>						Krankenhäuser					
	Ärzte ins- gesamt	darunter		Einwohner je Arzt	Zahnärzte (einschl. Dentisten u. sonst. Zahn- behand- ler)	Einwohner je Zahnarzt	Anzahl	planmäßige Betten			stationär behand- elte Kranke	durch- schnittl. Verweil- dauer in Tagen
		in freier Praxis (ohne und mit Tätigkeit in einem Kranken- haus)	haupt- amtlich in einem Kranken- haus tätig					ins- gesamt	darunter in			
									Akut-  Krankenhäusern	Tuber- kulose-  Krankenhäusern		
am 31. 12.						am 31. 12.				im Jahr		
1950	3 149	.	.	808	1 237	2 056	152	30 796	74,0	13,8	.	.
1951	3 461	1 873	1 039	713	1 286	1 920	152	29 155	70,1	16,8	.	.
1952	3 477	1 837	1 096	692	1 313	1 832	153	27 881	68,6	17,6	266 162	37,2
1953	3 096	1 800	990	751	1 312	1 772	149	27 324	68,0	16,7	268 176	35,7
1954	3 102	1 825	986	736	1 341	1 703	154	28 378	67,3	16,0	267 931	34,5
1955	3 039	1 812	984	743	1 355	1 666	155	27 557	59,9	16,2	265 686	36,0
1956	3 062	1 756	984	735	1 321	1 704	149	26 283	61,1	15,3	262 299	34,2
1957	3 110	1 821	968	728	1 312	1 725	146	25 853	61,2	13,9	271 530	32,5
1958	3 117	1 903	946	729	1 313	1 731	142	25 598	61,5	13,4	272 103	32,3
1959	3 097	1 822	974	738	1 308	1 748	141	25 836	61,9	12,9	276 706	31,5
1960	3 135	1 938	925	735	1 315	1 752	132	25 441	62,5	11,6	279 220	31,0
1961	3 184	1 977	936	730	1 324	1 756	130	25 438	63,1	10,9	278 805	32,9
1962	3 228	2 014	940	725	1 282	1 824	129	25 481	63,4	10,6	282 154	32,5
1963	3 275	2 018	959	719	1 263	1 865	127	25 356	56,9	9,2	279 169	32,0
1964	3 223	1 966	952	737	1 245	1 909	128	25 596	53,8	8,6	267 849	31,0
1965	3 266	1 944	1 017	735	1 227	1 957	127	25 567	53,4	8,5	292 020	30,7
1966	3 302	1 960	1 036	735	1 228	1 977	127	25 430	53,6	8,1	299 283	29,8
1967	3 345	1 983	1 041	731	1 273	1 922	127	25 825	53,4	7,8	305 267	28,8
1968	3 431	2 031	1 090	719	1 260	1 958	124	25 894	53,8	7,6	316 748	28,2
1969	3 504	1 987	1 138	710	1 331	1 869	123	26 226	53,0	8,0	322 927	27,7
1970	3 826	2 045	1 321	656	1 346	1 865	121	26 089	53,5	6,9	323 125	27,1
1971	3 954	2 083	1 432	643	1 378	1 846	118	25 692	54,3	5,8	329 626	26,3
1972	4 105	2 073	1 549	625	1 397	1 835	118	25 802	55,3	4,5	334 835	25,8
1973	4 282	2 159	1 651	602	1 393	1 852	119	25 582	57,2	3,6	340 840	25,2
1974	4 462	2 267	1 702	579	1 396	1 851	120	26 441	56,6	2,9	352 648	24,5
1975	4 580	2 282	1 745	564	1 477	1 748	123	27 430	55,4	1,7	366 494	24,1

1) ohne Bundesgrenzschutz und Landespolizei; bis 1968 ohne, danach einschließlich Bundeswehr

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte A IV 1 (Im Gesundheitswesen tätige Personen) und A IV 2 (Krankenhäuser)

# Verdienste in Industrie und Handel

Die Stundenverdienste der Arbeiter in der Industrie haben sich von 1950 bis 1975 verachtfacht, die der Arbeiterinnen verneunfacht. Seit 1957, als die entsprechende Erhebung bei den Angestellten in Industrie und Handel begann, lauten die Zunahmefaktoren für die Arbeiter 4,6 und 5,2, für die Angestellten 4,1 und 4,4. Die Arbeiterinnen haben ihren Abstand von den Verdiensten ihrer männlichen Kollegen von 37 % (1950) auf 30 % (1975) verringert, bei Angestellten ging der Abstand der Frauengehälter von 42 % (1975) auf 38 % zurück. Während in den 50er Jahren die allmähliche Durchsetzung des grundgesetzlichen Gebots der Gleichberechtigung von Mann und Frau in dieser Richtung gewirkt hat, treten seit den 60er Jahren strukturelle Momente mehr in den Vordergrund: da Qualifikation, Berufserfahrung und Alter die Verdiensthöhe mitbestimmen, wirkt es sich auf sie aus, daß das allgemeine Ausbildungsniveau der Frauen steigt, daß sie häufiger auch in höherem Lebensalter berufstätig sind und daß viele frühere typische Frauen-Arbeitsplätze der Rationalisierung gewichen sind.

Im Bild sind unschwer die Perioden stärkeren und schwächeren Verdienstanstieges zu erkennen. Die logarithmische Skala bewirkt, daß Zunahmen, die relativ gleich groß sind, auf jedem Niveau als Linien gleicher Steigung erscheinen.

Bild und Tabelle geben über Richtung und Maß der Verdienstentwicklung in Industrie und Handel in diesem langen Zeitraum Auskunft. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist die Verdienstentwicklung in anderen Wirtschaftsbereichen für die dort abhängig Beschäftigten sehr ähnlich verlaufen. Eine direkte Erhebung aller Einkommen, also der aus selbständiger und unselbständiger Arbeit und aus Übertragung, besteht nicht und ist auch nicht zu erwarten. Der durch die Verdiensterhebung in Industrie und Handel repräsentierte Personenkreis stellt nur einen kleinen Teil aller "Verdiener" dar. Von dem Teil der Bevölkerung (56 %), der ein eigenes Einkommen bezog, empfing 1970 ein Drittel ein übertragenes Einkommen (Rente, Pension usw.); 4 % waren mithelfende Familienangehörige; 7 % waren Selbständige, und wiederum 56 % verdienten ihren Lebensunterhalt durch unselbständige Arbeit. Unter den letzteren waren 11 % Beamte und Lehrlinge, die restlichen 45 % der Einkommensbezieher waren Arbeiter und Angestellte, also die Kategorie, deren Einkommen sich weitgehend als Arbeitsverdienst ermitteln läßt. Die entsprechende Erhebung beschränkt sich, um die Kosten auf ein vertretbares Maß zu reduzieren, noch in mehrfacher Hinsicht (siehe "Methode").

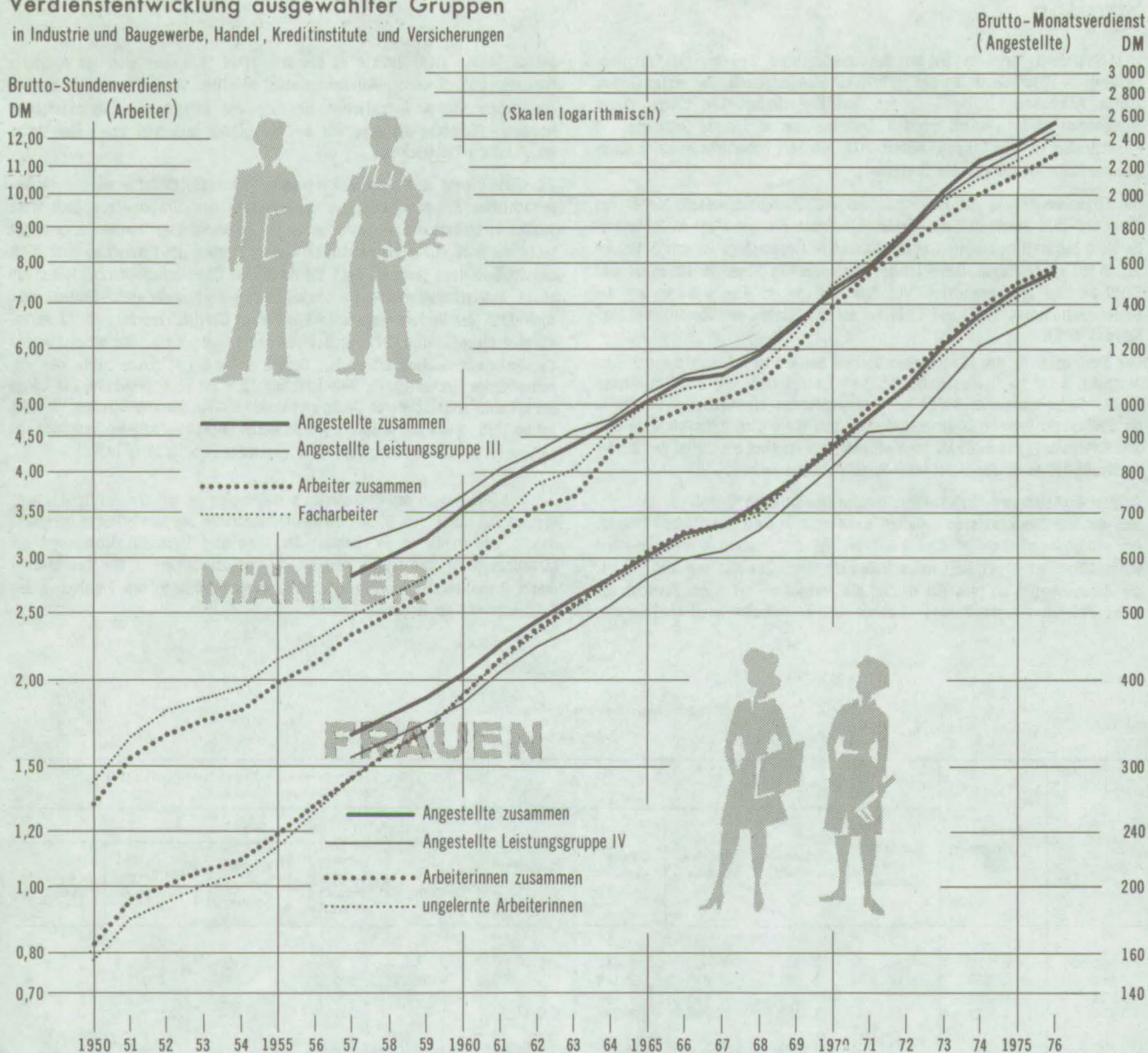
Zeit	Arbeiter						Angestellte					
	Männer			Frauen			Männer			Frauen		
	alle	Fach- arbeiter	angelernte Arbeiter	alle	angelernte <sup>1)</sup> Arbeiter	Hilfs- arbeiter	alle	Leistungsgruppe		alle	Leistungsgruppe	
								III	IV		IV	V
Bruttostundenverdienst in DM							Bruttomonatsverdienst in DM					
Sept. 1950	1,31	1,41	1,28	0,82	0,87	0,78						
" 1951	1,55	1,65	1,50	0,96	1,01	0,90						
Nov. 1952	1,68	1,80	1,60	1,00	1,04	0,95						
" 1953	1,74	1,87	1,67	1,05	1,10	1,00						
" 1954	1,80	1,94	1,75	1,09	1,16	1,03						
" 1955	1,98	2,12	1,90	1,19	1,23	1,14						
" 1956	2,10	2,26	2,02	1,31	1,35	1,27						
" 1957	2,32	2,46	2,21	1,43	1,42	1,43	566	623	411	331	308	269
" 1958	2,48	2,63	2,37	1,57	1,55	1,58	597	650	439	354	325	309
" 1959	2,66	2,81	2,52	1,69	1,64	1,69	639	685	457	375	344	336
" 1960	2,90	3,07	2,74	1,92	1,91	1,91	703	739	509	404	369	365
" 1961	3,19	3,38	2,97	2,13	2,14	2,12	772	802	559	447	408	409
" 1962	3,58	3,82	3,31	2,35	2,35	2,33	820	854	596	485	444	433
" 1963	3,71	4,02	3,52	2,54	2,51	2,53	878	917	634	520	474	466
Okt. 1964	4,31	4,60	3,99	2,81	2,90	2,75	934	950	677	554	510	474
" 1965	4,69	5,01	4,27	3,05	3,21	2,96	1 009	1 039	747	608	561	506
" 1966	4,94	5,26	4,54	3,28	3,35	3,20	1 082	1 105	805	653	599	539
" 1967	5,07	5,38	4,61	3,36	3,38	3,33	1 100	1 123	820	667	611	557
" 1968	5,32	5,61	4,87	3,54	3,61	3,47	1 177	1 199	879	721	656	598
" 1969	6,00	6,37	5,37	3,97	4,04	3,91	1 303	1 316	1 004	784	731	607
" 1970	6,97	7,47	6,19	4,44	4,66	4,29	1 442	1 449	1 083	873	811	636
" 1971	7,73	8,22	6,89	4,95	5,18	4,77	1 588	1 567	1 187	956	909	672
" 1972	8,47	8,98	7,78	5,50	5,73	5,29	1 780	1 775	1 314	1 061	919	785
" 1973	9,30	9,89	8,41	6,12	6,38	5,87	2 021	1 991	1 457	1 221	1 058	929
" 1974	10,08	10,63	9,26	6,93	7,23	6,68	2 240	2 186	1 709	1 365	1 202	1 067
" 1975	10,70	11,22	9,79	7,46	7,79	7,15	2 339	2 281	1 785	1 447	1 269	1 167

1) bis 1956 einschließlich der sehr wenigen Facharbeiterinnen

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte N I 1 (Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel)

# Verdienstentwicklung ausgewählter Gruppen

in Industrie und Baugewerbe, Handel, Kreditinstitute und Versicherungen



Das Maßstabsverhältnis von Stunden- zu Monatsverdienst wurde der Übersichtlichkeit wegen mit 1 : 200, also 200 Arbeitsstunden im Monat, gewählt. Niveauunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten dürfen aus dem Bild nicht gelesen werden.

## Zur Methode

Die Zahlen stammen aus der "laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel", die für vier Monate jedes Jahres die Gehalts- und Lohnsummen und die Anzahl der Angestellten und Arbeiter ermittelt. Der Tabelle liegen die Angaben für den Herbst zugrunde.

Erhebungsbereich ist für Arbeiter das produzierende Gewerbe, also die Wirtschaftsabteilungen 1, 2 und teilweise 3 der Grundsystematik: Energiewirtschaft und Wasserversorgung (Bergbau entfällt in Schleswig-Holstein), verarbeitendes Gewerbe und Hoch- und Tiefbau (einschl. Handwerk). Für Angestellte kommt die Wirtschaftsabteilung 4 dazu: Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe. Von allen vorhandenen Unternehmen wird nur eine Stichprobe befragt, die mit etwa 400 sogenannten Schichten (nach Größenklassen und Wirtschaftszweig) kompliziert aufgebaut ist. Sie erreicht seit 1974 etwa 22% der in den betroffenen Wirtschaftszweigen vorhandenen Arbeitnehmer.

Zur Lohn- und Gehaltssumme, die den angeführten Durchschnittsbeträgen zugrunde liegt, gehören alle auf den Zahlungszeitraum bezogenen Zulagen und Zuschläge, z. B. für Überstunden oder

wegen erschwelter Arbeitsbedingungen. Lediglich Zahlungen, die nicht auf die Stunde oder den Monat bezogen sind, z. B. Jahresprämien und Weihnachtsg Gratifikation, fehlen darin.

Die Zuordnung der Personen zu den statistischen Leistungsgruppen ist Sache der Unternehmen, die dazu Weisungen vom Statistischen Landesamt erhalten. Meist ist dafür gemäß einer Zuordnungsübersicht die tarifliche Lohn- und Gehaltsgruppe maßgebend. Die Zuordnungsübersichten werden für alle Tarife des Bundesgebietes vom Stat. Bundesamt ausgegeben. Wird kein Tarif angewendet, dann bestimmen Definitionen der statistischen Leistungsgruppen die Zuordnung.

Die Auswahl unter den 3 Leistungsgruppen der Arbeiter und den 4 Leistungsgruppen der Angestellten (II bis V) für die Tabelle und das Bild entspricht der zahlenmäßigen Bedeutung der Gruppen (z. B. gibt es nur sehr wenige männliche Hilfs- und weibliche Facharbeiter).

Die Angestellten wurden erst bei der Reform dieser Erhebung im Jahre 1957 mit einbezogen. Wechsel des Berichtsfirmenkreises bei dieser Gelegenheit, 1964, 1972 und eine erhebliche Erweiterung 1974 haben die durchgehende Vergleichbarkeit der Zahlen nicht merklich beeinträchtigt.

# Straßen

Das Straßennetz wird in Straßen des überörtlichen Verkehrs (klassifizierte Straßen), in Gemeindestraßen und in Privatstraßen aufgeteilt. Zur ersten Gruppe zählen Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Die Längen dieser Straßenarten werden jährlich ermittelt. Demgegenüber werden die Gemeinde- und Privatstraßen nur alle 5 Jahre, zuletzt 1976, erhoben. Daher gibt es keine durchgehende Reihe für das gesamte Straßennetz.

Die Gegenüberstellung der Ergebnisse aus den Straßenbestandshebungen von 1956 und 1976 zeigt, daß das Straßennetz (ohne Privatstraßen) in Schleswig-Holstein beträchtlich erweitert worden ist: seine Gesamtlänge ist von 20 895 km auf 28 001 km gestiegen. Damit ist das Straßennetz in diesen 20 Jahren um rund 7 000 km oder 34 % gewachsen. Von dem Zuwachs entfielen 4 488 km auf die Gemeindestraßen (+ 31 %) und 2 619 km auf die Straßen des überörtlichen Verkehrs (+ 40 %).

Das Straßennetz für den überörtlichen Verkehr bestand im Jahre 1976 aus 258 km Autobahn, 1 912 km Bundesstraße, 3 522 km Landesstraße und 3 435 km Kreisstraße. Dazu kommen noch 357 km Ortsdurchfahrten klassifizierter Straßen in der Baulast der Gemeinden. Insgesamt stand dem überörtlichen Verkehr 1976 also eine Straßenlänge von 9 485 km zur Verfügung, das ist etwa ein Drittel des gesamten Straßennetzes für den öffentlichen Kraftfahrzeugverkehr.

An dem Wachstum des Straßennetzes für den überörtlichen Verkehr ab 1951 war jede der vier Straßenklassen beteiligt, wenn auch in unterschiedlichem Umfang. Am stärksten, nämlich um rund 1 500 km, ist das Kreisstraßennetz erweitert worden. Dahinter folgen die Landesstraßen mit einem Zuwachs von rund 900 km, die Bundesstraßen mit rund 700 km und die Autobahnen mit einem Zuwachs von knapp 200 km. Während Bundes-, Landes- und Kreisstraßen kontinuierlich aus-

gebaut worden sind, dauerte es bis zum Jahre 1970, ehe sich zur Autobahn Hamburg-Lübeck weitere Autobahnstrecken gesellten. Am 1. Januar 1976 bestanden neben der A 1 zwischen Hamburg und Lübeck die Bundesautobahn Hamburg-Flensburg bis Jagel mit der Abzweigung nach Kiel sowie eine Reihe von Autobahn-Teilstücken.

Zur Bewältigung des ständig steigenden Verkehrsaufkommens wurden in dem betrachteten Zeitraum neben der Verlängerung des Straßennetzes auch viele Straßen verbreitert und mit besseren Decken versehen. Eine leichte Decke tragen heute nur noch einige km der klassifizierten Straßen, 1951 waren es noch 36 % des Straßennetzes gewesen. Auch die durch eine Oberflächenschutzschicht schon etwas widerstandsfähigeren Decken haben an Bedeutung verloren. Während 1951 noch 33 % der Verkehrswege solche mit einer Oberflächenschutzschicht waren, machten diese Straßen 1976 nur 8 % des Straßennetzes aus. Die mittelschweren Decken, hauptsächlich bituminöse Decken unter 6 cm, bilden heute den vorherrschenden Deckentyp. Ihr Anteil ist von 13 % auf 61 % gestiegen. Die Länge der mit einer mittelschweren Decke versehenen Straßen des überörtlichen Verkehrs betrug 1976 5 600 km. Auch die mit schweren Decken versehenen Verkehrswege nahmen zu. Ihr Anteil betrug 1976 27 % gegenüber 18 % im Jahre 1951.

Die Ausführungen zu den Deckenarten beziehen sich nur auf die von Bund, Land, Kreisen und kreisfreien Städten unterhaltenen Straßen des überörtlichen Verkehrs. Welche Decken die in der Baulast der Gemeinden liegenden Ortsdurchfahrten klassifizierter Straßen tragen, konnte nicht festgestellt werden. Die Gesamtlänge dieser Ortsdurchfahrten ergibt sich als Differenz zwischen den Angaben in den Spalten 1 und 6 der folgenden Tabelle.

Straßen des überörtlichen Verkehrs

- Länge in km -

Jahr <sup>1)</sup>	Gesamt- länge	davon				Von Bund, Land, Kreisen und kreisfreien Städten unterhaltene Straßen					
		Bundes- auto- bahnen	Bundes- straßen	Landes- straßen	Kreis- straßen	insgesamt	davon				
							leichte Decken <sup>2)</sup>	Ober- flächen- schutz- schichten	mittel- schwere Decken <sup>3)</sup>	schwere Decken <sup>4)</sup>	sonstige Decken
1951	6 217	64	1 322	2 690	2 141	5 942	2 139	1 969	780	1 051	2
1952	6 224	64	1 321	2 694	2 144	5 948	2 023	2 005	844	1 074	2
1953	6 257	64	1 322	2 714	2 157	5 980	1 908	2 041	951	1 073	6
1954	6 423	64	1 366	2 788	2 204	6 145	1 849	2 104	1 064	1 122	6
1955	6 523	64	1 366	3 110	1 984	6 247	1 710	2 203	1 195	1 127	12
1956	6 769	64	1 365	3 349	1 991	6 493	1 478	2 294	1 574	1 133	14
1957	6 875	64	1 366	3 425	2 020	6 599	1 313	2 311	1 817	1 144	14
1958	7 026	64	1 408	3 454	2 100	6 748	1 135	2 317	2 113	1 165	19
1959	7 056	64	1 438	3 450	2 104	6 773	903	2 283	2 375	1 192	19
1960	7 054	64	1 440	3 449	2 100	6 747	680	2 250	2 675	1 124	18
1961	7 288	64	1 626	3 332	2 265	6 998	548	2 208	3 098	1 087	57
1962	7 349	64	1 797	3 496	1 990	7 143	347	2 151	3 383	1 147	114
1963	7 926	64	1 799	3 549	2 514	7 745	323	2 181	3 953	1 137	152
1964	8 071	65	1 797	3 599	2 610	7 872	247	1 986	4 396	1 088	155
1965	8 268	65	1 812	3 704	2 686	8 058	210	1 792	4 767	1 128	161
1966	8 381	65	1 809	3 723	2 783	8 167	151	1 691	4 978	1 172	174
1967	8 525	65	2 009	3 556	2 895	8 303	150	1 514	5 180	1 254	204
1968	8 711	65	2 006	3 566	3 073	8 460	125	1 351	5 407	1 370	206
1969	8 860	67	2 009	3 576	3 208	8 584	132	1 231	5 452	1 574	195
1970	8 980	76	2 003	3 594	3 306	8 690	114	1 139	5 453	1 788	196
1971	9 145	113	2 006	3 623	3 403	8 827	91	1 083	5 500	1 956	196
1972	9 214	157	1 997	3 608	3 452	8 896	83	1 003	5 531	2 099	179
1973	9 308	223	1 984	3 621	3 480	8 985	78	948	5 537	2 251	171
1974	9 329	223	1 987	3 613	3 505	8 986	84	893	5 544	2 294	171
1975	9 372	222	1 984	3 614	3 552	9 018	69	854	5 492	2 337	266
1976	9 485	258	1 987	3 616	3 623	9 119	56	768	5 595	2 462	236

1) bis 1960 Stand: 1. 4.; ab 1961 Stand: 1. 1.

2) kiesgebundene Decken und Klinker

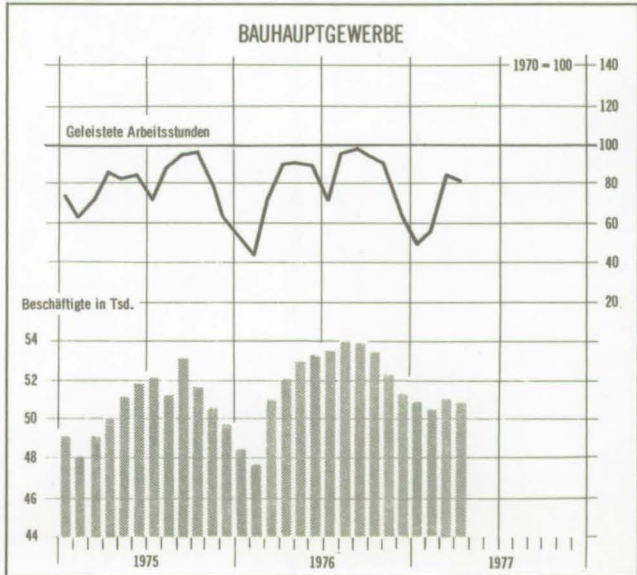
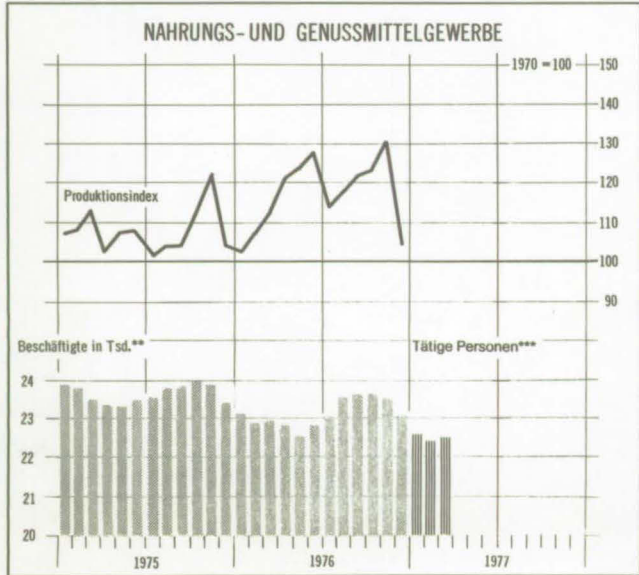
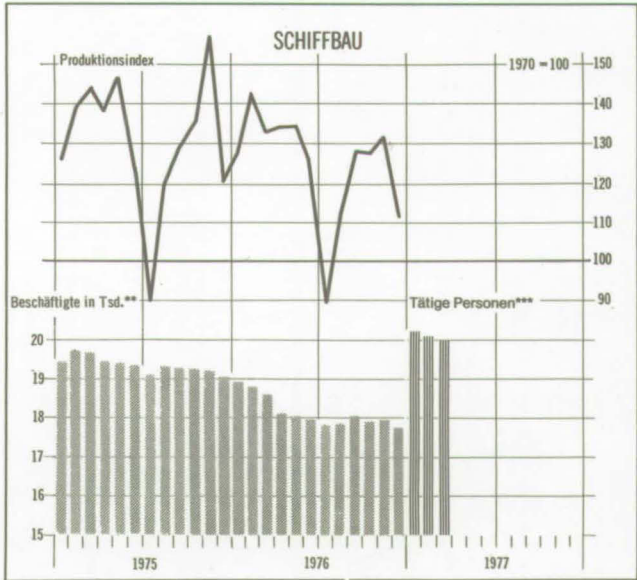
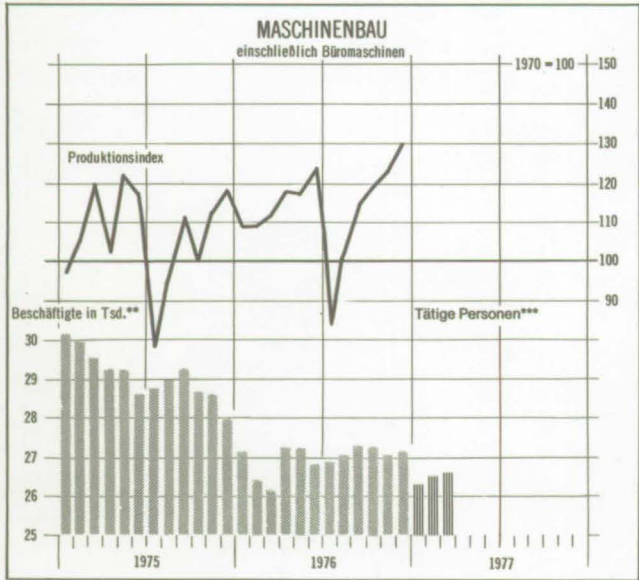
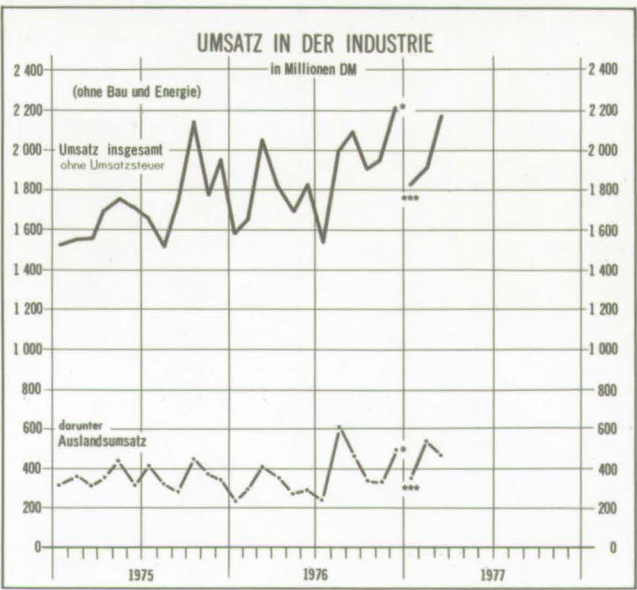
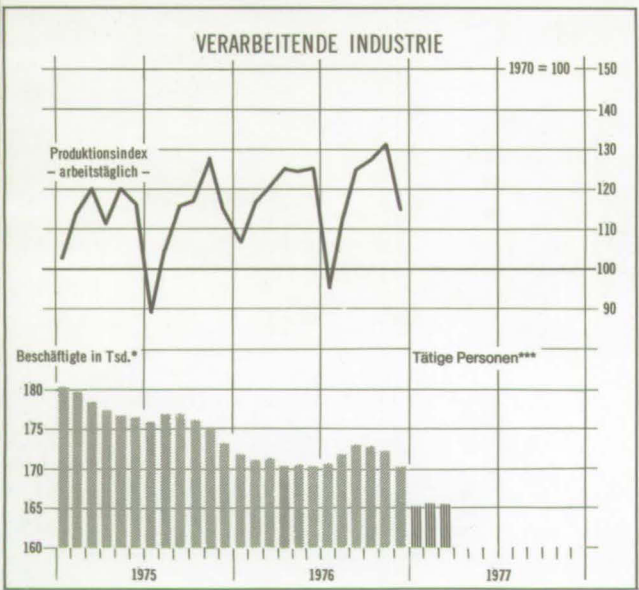
3) bituminöse Decken unter 6 cm, einschließlich Tränk-, Streu- und Mischmakadam

4) bituminöse Decken über 6 cm, altes Kopfsteinpflaster, Groß- und Kleinpflaster und Zementbetondecken

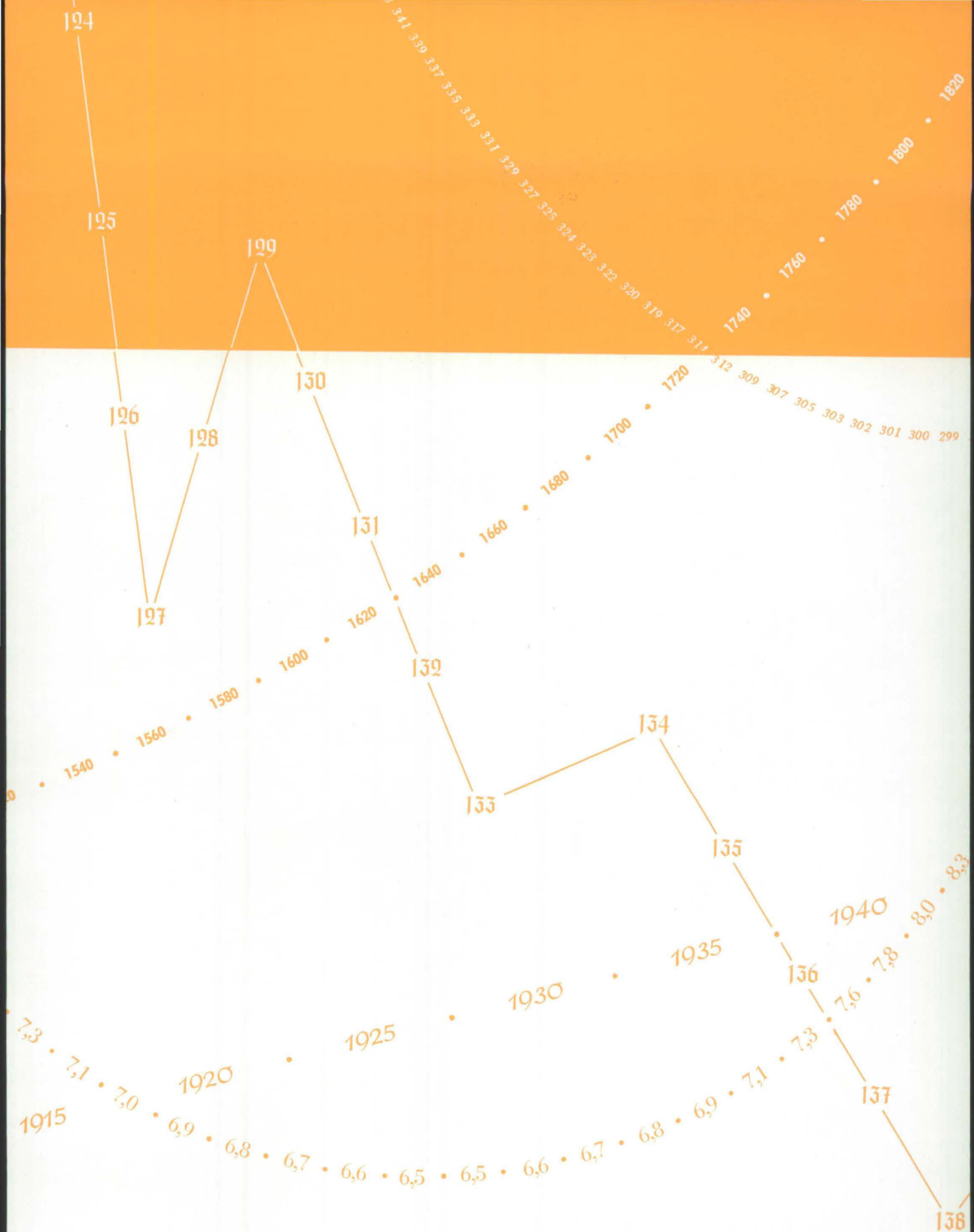
Quelle: Landesamt für Straßenbau und Straßenverkehr Schleswig-Holstein

# SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitervdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



\*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten  
\*\*) in fachlichen Betriebsteilen von Industriebetrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten  
\*\*\*) Ergebnisse für Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 5 11 41

Postanschrift: Postfach 11 41, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Arnold Heinemann

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 – Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

– Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird –

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen